

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Montage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an. Inserate (1½ Sgr. für die vierseitige Zeile) sind an die Expedition zu richten.

### Amtliches.

Berlin, 13. Novbr. Se. Majestät der König haben Allergnädigst ge-ruht: Dem Adjutanten des Prinzen Friedrich von Württemberg R. H. Major Freiherrn von Brand im General-Quartiermeisterstab und dem Mittelmeister Edlen von Silberhorn im 2. Reiter-Regiment, den Rother Adler-Orden dritter Klasse, dem Glöckner Joha an Gottlieb Monsler zu Bobekken, im Kreise Gitschhausen, das Allgemeine Ehrenzeichen, so wie dem Unteroffizier August Klose im Regiment Gardesducorps, und dem bischöflichen Freiherren Friedrich Endrodt im Kaiser Franz Grenadier-Regiment, die Rettungsmedaille am Bande zu verleihen; ferner den Staatsanwältsgehilfen Matthies in Lissa zum Staatsanwalt in Pleschen zu ernennen; auch der Gräfin Marie Agnes von Schaffgotsch, geb. Gräfin zu Stolberg-Stolberg, Gattin des Kammerherrn und Schlosshauptmanns Grafen von Schaffgotsch, die Erlaubnis zur Anlegung des von Ihrer Majestät der Königin von Bayern ihr verliehenen Theresien-Ordens zu erhalten.

Abgereist: Se. Exz. der Großherzogl. mecklenburg-strelitz'sche Staatsminister, von Bernstorff, nach Neu-Strelitz.

### Telegraphische Depesche der Posener Zeitung.

Paris, Donnerstag, 13. Novbr. Der heutige „Moniteur“ meldet: Graf Kissleff wurde vom Kaiser gestern empfangen. Der Kaiser habe seit dem Abschluß des Friedensvertrags sorgfältig dahin gestrebt, ohne Schwächung aller eingegangenen Allianzen, die scheinbar harten Friedensbedingungen durch Herstellung eines guten Vernehmens zu mildern. Kissleff's warte eine gute Aufnahme, da er, ganz abgesehen von seinen Verdiensten, einen Converän repräsentire, der edelmüthig den traurigen Erinnerungen, welche der Krieg hinterließ, Stillschweigen auferlegt, und dem allein alle Vortheile des Friedens, durch gegenseitige Freundschaftsbeziehungen bestätigt, zu danken seien.

Aufgegeben in Berlin, 13. November, 10 u. 58 M. Vormittags.  
Ankunft in Posen, 13. November, 1 U. Nachmittags.

R Posen, 13. Nov. [Sechs Monate nach dem Frieden.] Es ist wahr, man arbeitete in der alten Zeit etwas langsamer, schwerfälliger, unbehülflicher, als heute, und es herrschte gegenüber dem modernen Salonton sehr viel alfränkisches barockes Formenwesen in den gesellschaftlichen Beziehungen: aber es ist nicht weniger wahr, daß das Resultat der Arbeit damals auch für die Dauer von Generationen berechnet war, und hinter der Steifheit der Formen ein gewissenhafter Ernst ruhte, während die Produkte der Neuzeit meist die Haltbarkeit von Rippesachen, und die modernen Verkehrsbeziehungen eine ebenso leichte Form, wie einen flüchtigen Inhalt besitzen. Als vor 200 Jahren die Gesandten der europäischen Mächte zu Münster und Osnabrück tagten, da gab es unendliche Streitigkeiten über Rang und Etikette, über die Reihenfolge der Plätze und Unterschriften und über viele Neuerkeiten, welche Dem lächerlich erscheinen werden, der nur für die Oberfläche der Dinge Sinn hat, und vergibt, daß der Westfälische Friede Staatsgrundgesetz gewesen für länger als ein Jahrhundert.

In den Wiener Kongress kann man zwar kaum denken, ohne daß einem die glänzenden Feste der Kaiserstadt, die kleinen Intrigen der großen Gesellschaft, die pikanten Geheimnisse der Salons und die Bonmots ihrer Witbolde einfallen; aber wir erinnern uns daneben nicht weniger des ungeheuren Aufwandes von Geist, Kenntnissen, staatsmännischer Gewandtheit, der für die Festsetzung der Wiener Verträge gemacht wurde. Das von alle dem Etwas bei den letzten Pariser Konferenzen vorhanden gewesen wäre, läßt sich nicht grade sagen. Man hielt sich wieder durch dergleichen Bagatellen, wie dies Rangstreitigkeiten sind, lange auf, noch verschwendete man ein Übermaß von Mühe und Kenntnissen. So weit wir aus den Protokollen ersehen konnten, scheinen zwar einige Debatten vorgefallen zu sein; im Ganzen verliefen aber die Verhandlungen glatt und ungefährlich, der Friede mußte zu einem bestimmten Termine fertig sein, und er wurde fertig ad majorem gloriam des Kaisers der Franzosen und zur Verherrlichung der Tugendlichkeiten des enfant de France. Seitdem ist ein Sommer vergangen, und wie viel von dem Produkte der Arbeit der Friedenskonferenzen ist noch übrig außer dem Papier des Friedensinstrument? Wie viel und wie weit steht die Ruhe in Europa noch fest? Wie viele von den Ursachen zu Zwietracht und Unenigkeit unter den Mächten, welche im März d. J. vorlagen, sind aufgehoben und beseitigt?

Obwohl haben die Russen nicht mehr die Donaufürstenthümer besetzt, doch hatte die Besetzung schon lange vor dem Beginn der Friedenskonferenzen aufgehört, ein Grund zum Kriege zu sein. Dafür haben wir eine Okkupation der Moldau und Walachei durch Östreich trotz des Pariser Friedensvertrags, und gegen die Verträge nicht weniger, als es das Überschreiten des Bruth Seitens Russlands gewesen. Und wenn die Türkei am 28. Oktober Östreich nicht den Krieg erklärt hat, so liegt der Unterschied wohl nur darin, daß der englisch-österreichische Einfluß sich diesmal in Konstantinopel durch ein Ministerium Reschid Pacha für die Okkupation geltend mache, während der englisch-französische damals zum

Kriegen gegen die Okkupation drängte. Wir haben ferner die innere Organisation der Donaufürstenthümer, die Frage nach ihrer Vereinigung, die Freiheit der Donau und des Schwarzen Meeres, die Regulierung der Grenze in Bessarabien wie in Kleinasien, noch fast ebenso untergeordnet und in der Schwebe befindlich, wie zur Zeit des Krieges. Da wir haben über diese Punkte, welche die Stipulationen des Friedens festsetzen und bestimmen sollten, die Ansichten, Absichten und Interessen der beteiligten Mächte so divergirend, daß die Forderung nach neuen Friedenskonferenzen sich immer gebietender geltend macht. Und was steht der Forderung noch entgegen? Man fürchtet, daß die Konferenzen den Rück in den alten Allianzen nur noch klaffender, die Unklarheit in Bezug auf die Bildung neuer Bündnisse nur noch eklatanter hervortreten lassen werden. Denn dies ist das Eigentümliche des letzten Friedens, daß er, statt die internationalen Beziehungen der Mächte zu einander zu regeln, nur neue Ursachen zu neuen Zwistigkeiten hervorgerufen, daß er das Bündnis der Westmächte, statt es zu festigen, erschüttert, daß er eine so offene, in Permanenz gesetzte Drohung gegen Europa, wie ein russisch-französisches Bündnis, und eine solche Monstrosität, wie eine englisch-österreichische Allianz, am politischen Horizonte hat aufsteigen lassen. Und sind wir auch der Meinung, daß man sich wohl hüten müßt, auf einige fulminante Artikel der „Times“ oder des „Constitutionnel“ hin gewisse politische Kominationen für unzweckhaft und feststehend anzusehen, die nur noch erst den Charakter einer entfernten Möglichkeit haben, so ist schon das Auftauchen solcher Eventualitäten für die Situation charakteristisch genug.

Berücksichtigt man aber neben diesen alten Erbschaften des letzten Krieges und des letzten Friedens noch die neuen Ereignisse, die neapolitanische Intervention und die Neuenburger Angelegenheit, die seitdem noch als unheilschwangere Phänomene aufgetaucht sind, so findet man so viel Bündstoff allüberall in dem europäischen Staatsystem verbreitet, daß eigentlich nur der Gedanke an die allgemeine Erschaffung nach dem letzten Kriege über die Gefahr eines neuen Weltkrieges beruhigen kann.

### Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 12. Novbr. [Lord Teuerbrand's Diktatur; der Landtag und die Vorlagen; Prozeß Thoreau.] Bis jetzt sind hier aus Paris nur noch vielfältige Gerüchte, nicht aber bestimmte Nachrichten über die Entschließungen des Kaisers Napoleon in Bezug des englischen Bündnisses und der damit zusammenhängenden Fragen der auswärtigen Politik eingegangen. Noch immer herrscht die Erwartung vor, daß eine Umgestaltung des Tuilerienkabinetts erfolgen werde, welche dem misstrauischen und anspruchsvollen Bundesgenossen den Beweis liefern soll, daß Frankreich, weit entfernt, mit Russland gemeinsame Sache zu machen, der englischen Politik gern jedes billige Zugeständniß zu gewähren bereit ist. Ob mit Nachgiebigkeit gegen England etwas zu gewinnen ist, das bleibt freilich eine andere Frage. Offenbar weiß man an der Theorie, daß Frankreich und Russland auf die Erhaltung des Friedens großen Wert legen, und diesen Umstand benutzt Lord Palmerston in rücksichtsloser Weise, um im Orient wie in Italien mit diktatorischer Willkür zu schalten. Die insulare Presse und ihre Nachbeter in unserer Nähe werden über die sogenannten Siege der englischen Politik frohlocken; aber es sind dies Siege, welche die Vertrauensbeziehungen zwischen England und dem Kontinent auf das Tiefste erschüttern und aus welchen, früher oder später, unheilsvolle Früchte für das mächtige Seereich erwachsen werden.

Des Königs Majestät haben gestern entschieden, daß die Eröffnung der diesjährigen Landtagssession am Sonnabend den 29. d. M. erfolgen soll. Das Staatsministerium hält häufig Sitzungen, um die Gesetzentwürfe zu beraten, welche der Beschußnahme der Landesvertretung unterbreitet werden sollen. Mit großer Spannung sieht man den finanziellen Vorlagen entgegen, da man weiß, daß die Regierung eine Vermehrung der regelmäßigen Staatseinnahmen bestimmt in Absicht genommen und bereits mehrere Gegenstände als für eine neue, oder für eine erhöhte Steuer geeignet ins Auge gefaßt hat. Dagegen will man von einer neuen Zeitungssteuer (die „B. B. Z.“ brachte diese Nachricht, die wir unter Reserve mitgetheilt; d. R.), welche einige Korrespondenzen in Aussicht stellt, in wohlunterrichteten Kreisen nichts erfahren haben. — Gestern hat das Kriminalgericht sein Urteil in dem Skandalprozeß Köpp gegen Thoreau abgegeben, über dessen Veranlassung ich Ihnen s. B. berichtet habe. Thoreau, welcher aus einem früheren Geschäftsvorhalte bedeutende Forderungen an Köpp, den Direktor der hiesigen Waarenkreditgesellschaft, zu haben glaubte, hatte denselben zur Erfüllung seiner Verpflichtungen aufgefordert, und im Weigerungsfalle mit der Veröffentlichung einer Broschüre gedroht, welche die wenig ehrenvollen Antezedenzen des Herrn Köpp enthüllen sollte. Als eine Abfindung nicht erfolgte, wurde auch in der That die Broschüre verbreitet, um deren willen Herr Thoreau der Bekleidung, Verleumung und Beschämung der persönlichen Freiheit des Herrn Köpp durch Androhung eines Vergehens beschuldigt ward. Der Gerichtshof fand allerdings in der an schwärmenden Prädikaten auf Rechnung des Herrn Köpp ziemlich reichen Broschüre den Thatbestand der Bekleidung, und insofern auch in der Androhung der Veröffentlichung eine Freiheitsberaubung im Sinne des Gesetzes. Deßhalb erfolgte die Verurtheilung zu sechs Wochen Gefängnis und 100 Thlr. Geldstrafe. Dagegen ward Thoreau der Verleumung nicht schuldig befunden, da er für seine Angaben den Beweis der Wahrheit antreten und unter Anderem wirklich nachweisen kann, daß Herr Köpp aus mehreren Geschäftsvorbindungen unter sehr bedenklichen Umständen ausgechieden, in Schulden tief verschuldet war und zu fruchtloser Revolution Veranlassung gegeben hatte. Alle diese vor Gericht festgestellten Thatsachen sind jedenfalls nicht geeignet, das Vertrauen des Publikums zu dem Firma-Inhaber der Waarenkreditgesellschaft zu beseitigen.

Berlin, 12. Novbr. [Vom Hofe; Generalversammlung des Vereins gegen Thierquälerei.] Der Prinz Alexander, Sohn des Prinzen Friedrich, welcher in letzter Zeit bei seiner Mutter auf Schloß Eller verweilte, ist vom Rhein hierher zurückgekehrt, und macht heut Morgen 33. M. in Potsdam seinen Besuch. Der König nahm darauf einige Vorträge entgegen und arbeitete Mittags mit dem Ministerpräsidenten. Nachmittags war zur Vorfeier des Geburtstages der Königin in der Hof- und Garnisonkirche zu Potsdam ein geistliches Konzert; bei demselben wirkten mit 77 Mitglieder des Domhors unter Leitung des Musikdirektors Neithardt, und 109 Mitglieder der Brandenburger Liedertafel unter Leitung des Musikdirektors Täglichsbeck. Die ältesten und höchsten Personen nahmen das Diner bei der Fürstin Alix ein, und erschienen Abends im Theater, wo auf des Königs Befehl „der Sonnenwendhof“ gegeben wurde. Morgen ist Familientafel im Schloß Sanssouci, an der die hier anwesenden Prinzen und Prinzessinnen, sowie die am Hofe zum Besuch verweisenden hohen Gäste Theil nehmen.

— In einer außerordentlichen Generalversammlung hat heut Nachmittags der hiesige Verein gegen Thierquälerei Prämien an solche Personen vertheilt, die Thiere gut behandelt, oder Misshandlungen verhütet haben. Der Vorsitzende, Geheimrat Menzel, sprach dabei sein Bedauern aus, daß der hohe Protektor, Prinz Friedrich, verhindert worden sei, der Prämienvertheilung beizuwohnen. Das Namensverzeichniß der Prämienten habe er indeß in Empfang genommen, und werde es auch Ihrer Maj. der Königin vorlegen. Hierauf sprach der Vorsitzende zur Versammlung über die Bedeutung der Prämien und forderte die Empfänger, die um den Vorstand im Halbkreise herumsäßen, auf, auch inskunfts ihre Thiere mit derselben Liebe zu behandeln, oder sie vor Misshandlungen zu schützen. Wegen schonder Behandlung und treuer Pflege ihrer Zughunde erhielten 3—5 Thlr. fünf Personen; sodann zwei Fuhrleute, welche nicht nur ihre Pferde gut halten, sondern auch andre Fuhrwerksbesitzer zu einer menschlichen Behandlung der Zugthiere ermahnt haben; ferner eine Tochterfrau, welche in dem von ihr bewohnten Hause alle Thiere pflegt und von ihnen jede Misshandlung sc. abwehrt; ein Kutscher, der die Pferde seines Dienstherrn namentlich in Krankheitsfällen mit großer Sorgfalt gewartet hatte; für erfolgreiche Verhütung von Misshandlungen erhielten Prämien fünf Schutz Männer, die auf Bahnhöfen stationirt sind, von denen aus viel Schlachtwieh zur Stadt gebracht wird. Die Summe der Prämien beträgt 52 Thlr. Gern hätte der Vorstand alle Anmeldungen berücksichtigt, doch der Kassenbestand der Vereins erlaubte für jetzt nicht, eine größere Summe darauf zu verwenden. Einige Schutze, die besonders den Viehmarkt zu überwachen haben und zur Prämierung empfohlen worden waren, aber nicht mehr berücksichtigt werden konnten, wurden öffentlich genannt. Nachdem Geheimrat Menzel noch einige statistische Notizen der Versammlung mitgetheilt, wurde über den Antrag verhandelt, den bisherigen Namen: Verein gegen Thierquälerei in: Thierschutzverein abzuändern. Direktor Odebrecht, Oberstleutnant v. Forstner, Dr. Spinola, Dr. Mügge sc. sprachen für die neue Benennung, und wurde dieselbe auch schließlich angenommen. Der neue Name wird uns aber nicht davor schützen, daß wir auch ferner „Thierquälerei“ heißen, und wir werden noch lange von dem „Thierquälverein“ hören.

— Berlin, 12. Novbr. [Ausgaben der fremden Diplomaten; Neuestes aus Petersburg; die Herzogin von Leuchtenberg und ihre Tochter; Russland und Persien; Marineoffiziere.] Die Summe, welche durch die Haushaltungen der fremden Gesandten, und den Bedarf der zahlreichen, ihnen angehörigen Personen, vom Legationssekretär bis zum Kanzleiboten hinab, in Berlin in Umlauf kam, schätzte man vor dem Jahre 1848 auf 4—500,000 Thlr. Durch die Konstitutionen und die Civilisten ist freilich die eigentliche Repräsentation in den Residenzen der einfachen Geschäftsträger gewichen, und es wurden die Stellungen der bevollmächtigten Minister von vielen Regierungen der Erparung wegen in Geschäftsträgerposten verwandelt, und außerdem sind die Besoldungen der Gesandten selbst von vielen Regierungen herabgesetzt worden. Darauf fußend behauptete vor einiger Zeit eine hiesige Zeitung, daß die oben angedeutete Summe in der Gegenwart viel niedriger anzunehmen sei. Indessen haben wir Gelegenheit gehabt, aus einem halboffiziellen Schriftstück zu ersehen, daß man in der That auch jetzt noch die in Rede stehende Summe auf dieselbe Höhe veranschlagen kann. Die Zahl der außerord. Gesandten und bevollmächtigten Minister ist wieder der vor 1848 gleich; bei vielen Gesandtschaften ist auch das Personal noch zahlreicher, wie damals; endlich aber hat auch hier die Theurung aller Lebensbedürfnisse einen großen Einfluß geübt, und es sind bedeutende Buschlässe nötig gewesen. — Nach den neuesten Briefen aus Petersburg hat der Kaiser eben so wenig, wie sein Bruder, Großfürst Konstantin, die Reise nach dem Westen und Süden aufgegeben, wenn auch beide, abgesehen von momentan vorhandenen anderen Abhaltungsgründen, für jetzt noch durch einen außerordentlichen Andrang wichtiger Staatsgeschäfte sich daran verhindert sehen. — Die Reise der Großfürstin Herzogin von Leuchtenberg mit ihren beiden Töchtern, den Prinzessinnen Maria und Eugenia, auf die Besitzungen der Familie in Deutschland und Italien bringt man jetzt auch in den russischen Kreisen mit einem Vermählungsprojekt in Verbindung, das vor einiger Zeit von Paris und Stuttgart aus als Gerücht verlautete. Der Prinz Napoleon soll in der Kronprinzessin von Württemberg seit seinem letzten Aufenthalt in Stuttgart eine Vermittlerin gefunden haben. Man erinnert sich bei dieser Gelegenheit lebhaft an den romantischen Schleier, in welchen die Verbindung der ältesten Tochter des Kaisers Nikolaus mit einem Siebenel Napoleon gehüllt war. — Man erfährt ferner aus Petersburg, daß jetzt ziemlich enge Verbindungen zwischen Russland und Persien bestehen, und die erste Macht der letzteren, die in diesem Augenblick in Gefahr ist, von ansehnlichen, durch englischen Vorschub bedeutend

werden den Streitkräften angegriffen zu werden, unmittelbar und mittelbar dankenswerthe Unterstützungen leistet. Man zählt zu den unmittelbaren den schon von öffentlichen Blättern angekündigten Erfolg großer Summen, die Persien vermöge der Stipulationen des letzten Friedensvertrags vom 10. Februar 1828 zu Tschandachi nach langer Standung noch zu zahlen hatte; zu den mittelbaren aber die Sendung vieler tüchtiger Offiziere, meist französischer Abkunft, die aber längere Zeit im russischen Heere gedient hatten, wie der Graf von Duhamel, der unter dem jetzigen Minister in Paris, Grafen Kissleff, schon als General in den Donaufürstenthütern befahlte, später mit vielen anderen Offizieren nach Teheran ging und in die Dienste des Schahs trat. Dieser General soll es sein, der dem Ausspruch hiesiger Russen nach das in und um Herat jetzt konzentrierte Armeekorps Persiens befähigt. — Dem Vernehmen nach werden sich in den nächsten Tagen mehrere der höheren Offiziere unserer jugendlichen Flotte bei dem Prinzen Admiral versammeln; namentlich erwartet man auch den Prinzen Wilhelm von Hessen-Philippsthal, den Kapitän der Korvette "Danzig", und den erst im vorigen Jahre in unsere Marine eingetretenen Prinzen Hugo von Schwarzburg-Sondershausen. Wenn wir recht unterrichtet sind, sollen diese Offiziere dem Großfürsten und Großadmiral Konstantin vorgestellt werden, der allerdings noch im Laufe dieses Monats erwartet wird und, wie bekannt, Allem seine volle Aufmerksamkeit widmet, was zum Seewesen gehört, und in dieser Veranstaltung einen Beweis der Aufmerksamkeit erblicken wird.

[Sitzung der kirchlichen Konferenz.] Die von des Königs Majestät berufene kirchliche Konferenz hat, wie schon berichtet ist (s. Nr. 264 d. Bl.), ihre Verhandlungen mit der Berathung über die Anträge auf Revision der Grundzüge einer Gemeinde-Ordnung für die östlichen Provinzen am 4. d. M. begonnen. Der Referent, Konistorialrat Riedt aus Marienwerder, ging in einem umfassenden Vortrage auf die Ausstellungen, welche gegen die Grundzüge erhoben worden waren, speziell ein und beleuchtete die praktischen Anträge (auf Entfernung aller Spuren des Repräsentationsbezuges aus den einzelnen Satzungen, auf Gestaltung der Kooperation an Stelle des Abgeordnetenwahlmodus u. s. w.), welche sich an diese Ausstellungen geknüpft hatten. Im Allgemeinen erklärte er sich gegen jede prinzipielle Aenderung, während er in einzelnen Punkten eine Erweiterung der Befugnisse der Gemeindkirchenräthe, z. B. die Begründung einer brüderlichen Disziplin innerhalb derselben, die Einräumung des Rechts der Besteuerung u. s. w., beantragte. — Der erste Korreferent, Generalsuperintendent Dr. Sartorius, knüpfte an die alte Kirchengesetzgebung im Herzogthum Preussen, die Bischofswahl von 1588 an und wies nach, daß dieselbe schon die wesentlichen Elemente gemeindlicher Organisationen und mannschaftliche Aufforderung zur Mitbeteiligung der Gemeinden enthalte. Er wünschte, daß die Grundzüge im Anschluß an diesen Vorgang, so wie überhaupt an die probinzen Ordnungen, umgestaltet werden möchten. Den Wahlmodus der Grundzüge, der nur eine erweiterte Kooperation sei, verwarf er nicht schlechtin, obwohl er ihn nicht für notwendig hält. In Betreff eines anderen Punktes aber, welcher gleichfalls vielfachen Anlaß zum Widerstreben gegen die Grundzüge gegeben hat, nämlich der Stellung des Patronats zu den Gemeindkirchenräthe, wollte er dadurch Abhilfe geschafft wissen, daß die Patrone als außerordentliche oder Ehrenmitglieder in die Gemeindkirchenräthe aufgenommen würden, wie dies vielfältig in Preussen geschehen sei. — Der zweite Korreferent, Superintendent Stiller aus Koitschau, empfahl eine Revision der Grundzüge, bei welcher u. U. auch die Pflicht, den Bekennnisstand zu größerer Klarheit zu bringen, im Auge behalten und demnächst namentlich alle Hinweisung auf Schaden entfernt würde, da an eine Synodalverfassung nicht eher gedacht werden könnte, als bis die Gemeinde-Ordnung überall eingeführt sei. Zu diesem Zwecke aber werde es angemessen sein, die Gemeinde-Ordnung mit königlicher Genehmigung neu zu kodifizieren, womit jedoch nicht zu eilen sein dürfe. Endlich der dritte Korreferent, Superintendent Schulz aus Berlin, erklärte sich in allen wesentlichen Punkten für die Beibehaltung der Grundzüge, wie sie im Jahre 1850 publiziert worden sind.

Gegenüber diesen Vorträgen unternahm es zunächst ein Mitglied der Konferenz, von den Anträgen des Magdeburger Konistoriums auf Revision der Gemeinde-Ordnung die Mißverständnisse abzuwenden, deren sie ausgezeichnet gewesen seien. Nicht das sei die Absicht gewesen, die Organisation, die in der Provinz Sachsen ja schon in mehr Gemeinden als in allen übrigen Provinzen zusammen erfolgt sei, zu hindern; sondern der Sacha habe durch Erörterung der Gründe gebeten werden sollen, welche in die weitere Entwicklung, Unlust und Stillstand gebracht hätten. Als solche seien die ungenügende Wahrung des Bekennnisstandes, das Hineinragen des politischen Präfektivsystems in die Kirche, die Bestellung der Gemeindkirchenräthe durch Wahl, gegen welche ein großer Widerwillen vorherrsche, der Mangel eines geeigneten Arbeitsfeldes für die Mitglieder der Gemeindkirchenräthe und die in den Grundzügen enthaltene Verlehnung der Patrone erkannt worden. Diesen Gebrechen sei durch eine neue Kodifikation abzuheben und den einzelnen Gemeinden daneben das Recht zu reserviren, ihre Verfassung nach dem Herkommen auch abweichend durch Statuten zu gestalten. Mit diesem Votum und den Vorträgen des Referenten und der Korreferenten sind schon im Allgemeinen die in der Versammlung vorhandenen Gegensätze und die Punkte, um welche die Debatten sich bewegten, bezeichnet. Obgleich es auch nicht ganz an Stimmen fehlte, welche den älteren Zustand für völlig genügend hielten, wurde doch im Allgemeinen die Anerkennung einer Organisation der Gemeinden nicht bestritten, und als man auf dasjenige, was die heilige Schrift forderte, auf eine lange Reihe bezüglicher Thatsachen aus dem Bereiche auch der lutherischen Landeskirchen und auf den aus der rechten Beteiligung der Gemeinden ableitenden Segen hinwies, wurde dies von Niemand bestritten. Wohl aber wurde von verschiedenen Seiten her bemerkt, daß der geistliche Tod vieler Gemeinden ein nicht zu beseitigendes Hinderniß eines gedeihlichen Vorwirtes sei; daß in vielen Gemeinden, die nur aus dem Gutsherrn und seinen Tagelöhnnern beständen, qualifizierte Subjekte für den Gemeindvorstand nicht zu finden seien würden, und daß in jedem Falle nur unter Berücksichtigung der in den Grundzügen mit Unrecht außer Acht gelassenen besonderen Rechtsverhältnisse wieder vorgegangen werden dürfen. In der Mark wurde z. B. bemerkt, seien die Verhältnisse viel anders, als andernwärts gestaltet; denn hier seien die Pfarrkirchen moralische Personen gegenüber den Gemeinden, gewissermaßen Missions-Institutionen für Gläubige und Ungläubige, und die Gemeindeverfassung beruhe hier in dem Patron, den Pastoren und den Vorstehern, ein Rechtszustand, welcher ohne Genehmigung der Provinzialstände und der beiden Häuser des Landtages nicht aufgehoben werden könne. Es ist natürlich nicht möglich, hier im engsten Raume eine so ungemein verzweigte Diskussion wiederzugeben; wir müssen uns daher begnügen, zu bemerken, daß aus den Verhandlungen unter der von dem Vorwirt gegebenen Anleitung eine Reihe spezieller Punkte sich ausschied, über welche die Versammlung entweder sich ohne Weiteres vereinigte oder durch Abstimmung entschied, während ein anderer, nämlich die bereits in der ersten Sitzung besprochene, aber noch vielfach dunkle Frage in Betreff des Repräsentationsgebädens, in die Verhandlungen über die Berufung einer General-Synode verwiesen wurde, welche den Schlüß der Thätigkeit der Konferenz bilden werden.

So wurde zunächst 1) ohne Abstimmung das als die Meinung der Versammlung angenommen, daß die bestehende Gemeindeverfassung weiter entwidelt, und zu diesem Zwecke 2) eine Revision derselben unter Berücksichtigung der provinziellen und lokalen Verhältnisse stattfinden solle. Hieran schloß sich die Frage: ob das Bedürfnis vorhanden sei, bei der Revision der Gemeindeordnung die Ansprüche der Konfession zu größerer Geltung zu bringen? Hierüber fand eine sehr bewegte Debatte statt, in welcher die konfessionelle Richtung in ihren verschiedenen Abstufungen und hinwiederum auch der Unionsgedanke sich fundgaben. Die Versammlung entschied endlich 3) auf die Frage: ob ein Bedürfnis vorhanden sei, bei der Revision das Recht der Konfession gegenüber dem §. 1 der Grundzüge zu schärferem Ausdruck zu bringen? mit überwiegender Mehrheit befahlend, und vereinigte sich dann 4) fast einstimmig in dem Beschuß: „es möge bei der Revision der Grundzüge eine dahin gehende Bestimmung befreit werden“: „Jede evangelische Gemeinde sieht auf dem Boden ihres geschichtlich feststehenden Bekennnisses. Dieser Bekennnisstand ist in den zu errichtenden Gemeindestatuten auszusprechen.“ Mit diesen Beschlüssen, deren erster, wie die Versammlung auf die Frage eines Mitgliedes stillschweigend entschied, auch die sogenannten Konfessionsgemeinden nicht ausführlich folgte, wurde ein weitergehender Antrag für erledigt erklärt; es hatten indessen dieselben von einigen Seiten eine nähere Motivierung des für diesen Beschuß abgegebenen Urthums im Interesse der Union in ihrem

Gefolge. Mit dieser eröffnete sich die dritte Sitzung am 7. Novbr., in welcher das Verhältnis des Patronats zur Gemeindeordnung auf der Tagesordnung stand. Auch hier begegneten sich wieder direkte Gegensätze, indem einerseits in den Grundzügen eine Verlehnung der Rechte des Patronats gefunden und andererseits eine solche in Abrede gestellt wurde. Indessen gab sich doch allseitig der Wunsch kund, eines der baupräfektischen Hindernisse, welche sich dem Gelingen des Organisationswerkes entgegenstellten, zu beseitigen und die Patrone damit zu versöhnen. Wie bereits bemerkt, hatte der Korreferent Dr. Sartorius den Patronen die Ehrenmitgliedschaft beizulegen vorgeschlagen. Allein dieser Gedanke fand ebensoviel die Zustimmung der Versammlung, wie einige andere Anträge, welche den Patronen nur das Recht der Kenntnisnahme von den Beschlüssen der Gemeindkirchenräthe sichern wollten. Die Versammlung eignete sich vielmehr die folgenden Anträge: 5) aus den Grundzügen ist Alles zu entfernen, was die Aufhebung des Patronats voraussetzt oder dessen Rechte beeinträchtigt; 6) dem Patron ist Kenntnisnahme von allen Verhandlungen und Beschlüssen des Gemeindkirchenrats zu genehmigen, durch allgemeine Zustimmung; und 7) einen weiteren Antrag, welcher dem Patron, unter Voraussetzung seiner kirchlichen Qualifikation, nach §. 8 der Grundzüge, Sitz und Stimme im Gemeindkirchenrat eingeräumt wissen wollte, durch Stimmenmehrheit an. Dieser lehnte Beschuß führte noch 8) zu einem weiteren Antrage, welcher dahin ging, daß der Patron gleich jedem anderen Mitglied des Gemeindkirchenrats der Aufsicht und Disziplin der geistlichen Oberen unterliege. Auch dies wurde genehmigt, und als zuletzt 9) darüber abgestimmt wurde: ob der Vorwirt in dem Gemeindkirchenrat auch ferner dem Pfarrer verbleiben solle, entschied die Mehrzahl der Mitglieder auch darüber bejahend. In der vierten Sitzung am 8. November wurde über den Wahlmodus gehandelt und namentlich beschlossen, daß neben der in den Grundzügen angeordneten Weise auch eine Denomination durch den Superintendenten auf Vorschlag des Pfarrers und unter Vorbehalt des votum negativum für die Gemeinde stellstehen können. (P. C.)

[Aktenstücke zur Neuenburger Frage.] Der „Nord“ bringt zwei Aktenstücke, welche das Londoner Protokoll vom 24. Mai 1852 ergänzen, das wir in Nr. 261 unserer Zeitung mitgetheilt haben. 1) Anhang I. zum Protokoll Nr. 2 der Konferenz vom 24. Mai 1852: Der preußische Bevollmächtigte an Ihrer Großbritannischen Majestät ersten Staatssekretär für die auswärtigen Angelegenheiten. Preußische Gesandtschaft. London, 15. Mai 1852. Der Unterzeichnete, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister Sr. Majestät des Königs von Preussen, ersucht auf Befehl seiner Regierung und indem er die Ehre hat, sich auf die Unterredungen zu beziehen, die er mit dem Herrn Grafen von Malmesbury, erstem Staatssekretär Ihrer Großbritannischen Majestät für die auswärtigen Angelegenheiten, sowie mit dessen Vorgängern hatte, um auf Mittel und Wege Bedacht zu nehmen, wodurch auf dem Wege der Versöhnung das Fürstenthum Neuenburg wieder unter die rechtmäßige Gewalt des Königs, seines erhabenen Gebieters, gemäß den Verträgen des Wiener Friedens, zurückgebracht werden möchte. Ein Herrlichkeit, die Vertreter der übrigen Großmächte zu einer Konferenz einzuladen, um diese Frage ernstlich in Betracht zu ziehen. Um in dieser Beziehung die Absichten des Königs genau zu bezeichnen und keine Zweifel über die Gründe zu lassen, welche Se. Majestät bewogen haben, zur freundshaflichen Austragung dieser Angelegenheit die Vermittlung seiner Verbündeten in Anspruch zu nehmen, hat der Unterzeichnete die Ehre, dem Herrn Grafen von Malmesbury beifolgende erläuternde Denkschrift, welche der genaue Ausdruck derselben ist, zugehen zu lassen. Der Unterzeichnete u. s. w. Bunsen. 2) Protokoll Nr. 2 einer im Ministerium des Auswärtigen am 24. Mai 1852 gehaltenen Konferenz. Anwesend: die Bevollmächtigten von Österreich, Frankreich, Großbritannien und Russland. Der preußische bevollmächtigte Minister hat gebeten, daß seine an den ersten Staatssekretär Ihrer Großbritannischen Majestät gerichtete Note vom 15. d. M., sowie die beigelegte Denkschrift zu den Akten der Konferenz gelegt werden möchten. Derselbe setzt hinzu, daß der König, sein Gebieter, seinen Verbündeten seine Dankbarkeit für die Aufnahme bezeugt, die sie seinem Vorschlage zu Theil werden ließen, und daß Se. Majestät, voll Vertrauen auf das Ergebnis ihrer gemeinsamen Bemühungen, ihn beauftragt hat, aus freien Stücken zu erklären, daß der König während der Dauer der Unterhandlung zu keiner anderen Maßregel greifen wird, um wieder zu seinen Rechten zu gelangen. Gez. Kübeck. A. Walewski. Malmesbury. Bunsen. Brunnnow.

[Die Neuenburger Angelegenheit.] Eine über die Neuenburger Frage erschienene Broschüre: „Das Verhältnis Preussens zu Neuenburg“ von Dr. F. W. Gislany, königl. württemberg'schen Hofrat; München 1856, bei Franz, enthält folgende Stelle, die den schweizer Machthabern besonders zur Beachtung zu empfehlen ist: „Die Schweiz hat zwar die sogenannten Stalalisten Preussens überwältigt, aber nicht den Fürsten. Dieser steht noch da und verlangt Wiedereinsetzung in sein altes Recht, hinter ihm ein großes wehrhaftes Volk von 16 Millionen, das nicht gleichgültig bleiben kann, wenn es sieht, wie die Schweizer seinen König, wie wenn es gar keine preußische Armee mehr gäbe, Schritt für Schritt aus seinem Rechte hinauszudringen suchen. Niemand kann verkennen, daß die Rechte Preussens auf das Rücksichtloseste verletzt sind. Die Krone Preussen kann ein solches Verfahren nicht gleichgültig hinnehmen; sie hat den Verhältnissen und ihrer eigenen Friedensliebe Rechnung getragen und sich bisher auf Protestationen beschränkt; es verlangt ihre Würde, daß sie sich nicht unter bloßen Protestationen Schritt für Schritt von der eidgenössischen Republik oder vielmehr von der dort gegenwärtig dominierenden demokratischen Partei aus ihrem Rechte drängen lasse.“

[Die gutsherrliche Polizeianwaltschaft.] Es ist ein Zeichen der richtigen Würdigung, welche die Macht der öffentlichen Meinung gegenwärtig auch in Kreisen findet, welche früher in einer ehemals feindseligen Passivität gegen jenen Faktor verharrenten, wenn man bemerkt, wie jetzt die Berathungen und Beschlüsse selbst der kleineren ständischen Korporationen, sobald dieselben ein allgemeineres Interesse beanspruchen zu können vermögen, sich der Presse zuwenden und in der Verbreitung durch dieselbe einen Hebel des Erfolges erblicken. So sind neuerdings mehrere solche Akte durch Provinzialzeitungen bekannt geworden, welche in dem kleinen Anfange schon die Möglichkeit einer großen und politisch bedeutenden Entwicklung ersehen lassen. Bekanntlich ist durch ein Rekript des Ministers des Innern, vom 15. Septbr., den Landräthen aufgegeben worden, die Rittergutsbesitzer ihres resp. Kreises zur Erklärung aufzufordern, ob sie die in Folge der Wiederherstellung der gutsherrlichen Polizeigewalt ihnen zugefallene Funktion der Polizeianwaltschaft selbst übernehmen oder auf ihre Kosten verwalten lassen wollen. In Folge dessen haben mehrfache Berathungen der Rittergutsbesitzer stattgefunden und aus zwei schlesischen Kreisen liegen Berichte vor, die einen Protest der Berechtigten gegen die Uebernahme dieser Funktion, so wie ihrer Kosten, melden. Die Aktenstücke sind dem Ministerium des Innern überwandt worden. Der aus dem Neumarkter Kreise stammende Protest betont insbesondere den finanziellen Punkt und weist die Forderungen dieser Art, welche mit dem Verlangen des Ministers verbunden wären, als unberechtigte zurück. Die Richtigkeit einer Interpretation, welche einen Theil der Kosten der Justizpflege von dem Fiskus auf den Rittergutsbesitzer überträgt, während der Staat doch die Einnahmen, die aus der gutsherrlichen Justizpflege geflossen, an sich gezogen habe, wird bestritten und schließlich Verwahrung gegen diese „neue Besteuerung des Bodens“ ausgesprochen. Noch energischer und in seiner

Eigenthümlichkeit charakteristischer ist ein Protest, der in diesen Tagen einmuthig von der Gesamtheit der Rittergutsbesitzer im Grüneberger Kreise abgefaßt worden ist. Er stellt der ministeriellen Voraussetzung, daß die Polizeianwaltschaft einen Theil der Polizeiverwaltung überhaupt bilde, die Behauptung entgegen, daß das Gesetz vom 3. Januar 1849 einen klaren Unterschied zwischen den Polizeianwalten als von den Regierungen zu ernnrenden Beamten, und zwischen den Polizeibehörden selbst, also jetzt auch den Rittergutsbesitzern, konstituire und führt fort: „Daß nun in diesen gesetzlichen Bestimmungen neuerdings im Wege der Gesetzgebung, welcher hier allein der maßgebende ist, etwas geändert sein sollte, ist uns unbekannt, und aus dem Inhalte des Ministerialrechts nicht ersichtlich. Wir können uns daher weder als berechtigt, noch als verpflichtet erachten, eine amtliche Stellung in unserer Eigenschaft als Guisherren einzunehmen, welche nach klarem Gesetze besonders dazu von den Regierungspräsidenten ernnrenden Beamten übertragen werden soll, und zwar um so weniger, als wir es weder mit der Stellung, welche wir im bürgerlichen Leben einnehmen, noch mit den übrigen Geschäften unsers Berufs vereinbar finden, die Funktion eines Anklägers vor dem Polizeigerichte auszuüben.“ Es ist bei der einigermaßen schiefen Stellung, in welche die gutsherrliche Polizeigewalt durch die Kammerdebatte des vorigen Jahres und die Enthüllungen eines „kleinen Herrn“ gerathen ist, beinahe ein Akt der Ehrenreitung, auf die Gewissenhaftigkeit und Strenge hinzuweisen, mit der die Protestirenden in dem oben wörtlich Angeführten, auf die maßgebende Macht der Gesetzgebung allein den Minister verweisen und ihre Verpflichtung, wie selbst ihre Berechtigung nur nach diesem Maßstabe anerkennen, obwohl allerdings die unmittelbar darauf folgende Beweisführung, etwa des Inhalts: Wir glauben zu dem Umste nicht verpflichtet zu sein, wir glauben's um so weniger, als wir auch keine Zeit dazu haben und es uns nicht ansteht — nicht ganz mit jener strengen Legalität in Einklang zu bringen ist. Der Protest weist ferner auch die Aufliegung der Kosten zurück, da diese Anwaltschaft „als ein zur Ausübung der Polizeigewalt dienendes Institut“ lediglich dem Staate zur Last falle, und führt aus, daß, wenn selbst sie als zur örtlichen Polizeiverwaltung gehörig erachtet würden, sie nach §. 3 des Gesetzes vom 11. März 1850, von dem ihnen ebenfalls „nicht bekannt sei, daß er aufgehoben worden“, von den Gemeinden zu bestreiten seien. Schließlich legen die Protestirenden „für den Fall einer erzwungenen Zahlung“ den ausdrücklichen Vorbehalt der Rückforderung ein. Es ist nicht bekannt, ob noch anderweitig (die „R. P. Z.“ spricht von einem gleichartigen Beschuß auch in dem Sternberger Kreise) ähnlicher Widerstand gegen die Ausführung dieses Gesetzes von Seiten der Berechtigten selber sich bekundet hat; jedenfalls läßt sich schon aus obigen Vorgängen schließen, daß die Frage der gutsherrlichen Polizeigewalt schon in nächster Session wieder ernsthaft auf die Tagesordnung gelangen wird.

[Der Handelsgesetzenwurf.] In der am 27. v. Mts. eröffneten Berathung über den Entwurf des neuen Handelsrechts für Preussen sind dem Vernehmen nach die drei ersten Abschnitte genehmigt worden. Der dritte Abschnitt betrifft die „Handelsfirmen“ und füllt eine merkliche Lücke in unserer bisherigen Gesetzgebung aus. Bei dem großen Interesse, das namentlich die kommerzielle Welt hieran hat, lassen wir den ganzen Abschnitt folgen: §. 18. Die Firma eines Kaufmannes ist der Name, unter welchem er im Handel seine Geschäfte betreibt und die Unterschrift abgibt. §. 19. Ein Kaufmann, welcher sein Geschäft allein betreibt, darf nur seinen Familiennamen mit oder ohne Vornamen als Firma führen. Er darf der Firma keinen Zusatz befügen, welcher ein Gesellschaftsverhältnis andeutet. Dagegen sind andere Zusätze gestattet, welche zur näheren Bezeichnung der Person oder des Geschäftes dienen. §. 20. Wenn ein Kaufmann seinen Namen mit einem unterscheidenden Zusatz als Firma mit ausschließlichem Rechte führen will, so hat er dies beim Handelsgerichte des Bezirks zur Eintragung in das Handelsregister in einer von ihm unterzeichneten Eingabe anzumelden. Nach der Eintragung des Namens mit dem unterscheidenden Zusatz in das Handelsregister darf alsdann kein gleichnamiger, an denselben Orte oder in derselben Gemeinde wohnender Kaufmann einen gleichen oder ähnlichen Zusatz in seine Unterschrift aufnehmen. §. 21. Die Firma einer offenen Handelsgesellschaft muß, wenn darin nicht die Namen der sämmtlichen Gesellschaftsmitglieder aufgenommen sind, wenigstens den Namen eines dieser Mitglieder mit einem das Vorhandensein einer Gesellschaft andeutenden Zusatz enthalten. Die Firma einer stilles Handelsgesellschaft muß wenigstens den Namen eines persönlich haftenden Gesellschafters mit einem das Vorhandensein einer Gesellschaft andeutenden Zusatz enthalten. §. 22. Die Firma einer Aktiengesellschaft muß von dem Gegestande ihrer Unternehmungen entlehnt sein. Der Name von Gesellschaftern oder anderen Personen darf in die Firma nicht aufgenommen werden. §. 23. Jede Firma muß sich von allen für denselben Ort oder dieselbe Gemeinde bereits bestehenden Firmen deutlich unterscheiden. §. 24. Wer ein bestehendes Geschäft durch Vertrag oder Erbgang erwirbt, kann dasselbe unter der bisherigen Firma fortführen, wenn der bisherige Gesellschafter oder seine Erben, oder die etwaigen Miterben hierin ausdrücklich willigen. Eine solche Einwilligung ist selbst dann erforderlich, wenn in die Firma ein das Nachfolgeverhältnis andeutender Zusatz aufgenommen wird. Der neue Inhaber der Firma hat dieselbe bei dem Handelsgerichte des Bezirks Behufls der Eintragung in das Handelsregister anzumelden. Erst nach der Eintragung der Firma in das Handelsregister hat der neue Inhaber das Recht, sich ihrer zu bedienen. §. 25. Die Veräußerung einer Firma als solcher, abgesondert von dem Handelsregister, für welches sie bisher geführt wurde, ist nicht zulässig. §. 26. Wer sich einer Firma bedient, welche ihm nicht zusteht, ist nach den gesetzlichen Bestimmungen über die Führung eines falschen Namens zu bestrafen. Auch kann gegen denselben von dem Handelsgerichte auf den Antrag eines Jeden, welcher dadurch in seinen Rechten verletzt worden ist, auf Untersagung der weiteren Führung der Firma und auf Schadensersatz erkannt werden. Neben das Vorhandensein und die Höhe des Schadens entscheidet das Handelsgericht nach seinem freien Ermessen. Das Handelsgericht kann die Veröffentlichung des Erkenntnisses auf Kosten des Verurtheilten verordnen.

[Innungswesen.] Vom Handelsministerium ist jüngst eine Bescheidung ergangen, welche gegenüber den Parteibestrebungen, welche aus den Mängeln der Gewerbefreiheit und ihrer praktischen Konsequenzen die Notwendigkeit einer Rückkehr zu den Zunftzwangseinrichtungen herleiten, von Bedeutung scheint. Von einigen nicht zur Innung gehörigen Meistern war Beschwerde darüber erhoben worden, daß die fremden Meistern vermittels einer in der Herberge angebrachten Tafel, welche nur die Namen der nach Gesellen Verlangen tragen den Innungsmeister enthielt, vorausgewiese diesen zugeführt würden, ja daß selbst Gesellen, die bei nicht innungsgeschäftigen Meistern in Arbeit hätten treten wollen, durch den Innungsvorstand davon abgehalten und genötigt worden seien, weiter zu wandern. Die betr. Regierung hatte die letztere Klage durch eine ablehnende Erklärung des Innungsvorstandes für erledigt erachtet und im Allgemeinen jenes Verfahren nicht

als ein solches befunden, durch welches den Innungsmeistern ein ausschließlicher materieller Vortheil im Beziehung auf den Gewerbebetrieb beigelegt, noch auch die Befugnis, Gesellen zu halten, beschränkt oder erklert werden. Demzufolge war die Klage abgewiesen worden. Der Minister billigt diese Entscheidung nicht. Zunächst liege allerdings eine materielle Bevorzugung darin, wenn bei Mangel an Arbeitskräften die disponibel vorhandenen nur an die Innungsmeister gewiesen würden, so wie eine Beschränkung des Rechtes zum Gesellenhalten darin zu erkennen sei, daß den mit der Vertlichkeit unbekannten Gesellen eben nur eine einseitige Auswahl unter den Arbeitsstellen dargeboten würde. Die Anführung der Innung, daß die Herberge ein ihr angehörendes Institut wäre, sei nicht geeignet, das Verfahren derselben zu rechtfertigen, noch finde überhaupt eine solche Auffassung in den Gesetzen ihre Begründung. Es sei in neuerer Zeit mehrfach ein Bestreben der Innungen wahrgenommen worden, die nicht zu ihnen gehörigen Meister durch Anwendung unerlaubter Mittel zum Eintritt in die Innungen zu bestimmen. Demgemäß wäre es denn auch erwünscht gewesen, wenn die Regierung die zweite Behauptung der Beschwerdeführer nicht schon durch die gegenheilige Verstücherung der Beplagten für erledigt erachtet, sondern sie zum Gegenstande einer näheren Untersuchung gemacht hätte. Allein auch ohne diese Feststellung lieferne der vorliegende Fall einen Beitrag zu jenen Wahnschreibungen. Der Minister macht es daher den Regierungen zur Pflicht, "die Anwendung eines Zwanges zum Anschluß an die Innungen, in welcher Form er sich auch zeigen möge, nicht zu dulden und Ausschreitungen der letzteren in dieser Richtung sofort mit Energie und Wirkung entgegen zu treten. Die Herbergswirthen, welche durch ihre Konzessionspflichtigkeit eine Bürgschaft böten, würden zur Mitwirkung bei Beseitigung dieser und ähnlicher Herbergsmißbräuche heranzuziehen sein."

— [Deutsche Banknoten.] In Deutschland war im Anfang d. J. eine Gesamtsumme von 396,915,354 Thlr. Banknoten zur Ausgabe autorisiert, während die Summe der französischen Banknoten 165 Mill., der englischen 249 Mill., der nordamerikanischen 236 Mill. betrug. Unter jenen 396 Mill. deutscher Banknoten befinden sich 241 Mill. österreichische und 155 Mill. andere deutsche Banknoten und Staatspapiergele.

— [Hafenbau.] Von Jasmund (Rügen) berichtet man der "St. B.", daß die Vorarbeiten, Vermessen, Abstecken &c. zum Bau des dort anzulegenden Kriegshafens jetzt sehr eifrig betrieben werden, und daß der Bau selbst wohl im nächsten Frühjahr oder Sommer beginnen werde.

— [Seidenbau.] Dem Hofgärtner Fintelmann auf der Pfauseninsel ist es gelungen, die durch den hiesigen Altklimatisationsverein gegen Ende des vorigen Monats eingeführten Eier des Bombyx Cynthia (Ricinusseidenraupe) am 9. d. zum Auskriechen zu bringen. Somit wird dem Vereine Aussicht auf eine Zucht geboten, welche bisher in unserm Vaterlande erfolglos versucht worden.

— [Die Sprit-Fabrikation] wird gegenwärtig hier und auch sonst im Lande in einem Umfange betrieben, wie bisher nur selten. Dies Geschäft lag während der Zeit, in welcher die Ausfuhrbonifikation nicht gewährt wurde, sehr darnieder und hat nun mit deren Wiedergewährung einen Aufschwung genommen, der wohl die größten Erwartungen noch übertrifft. Eine Schätzung, die wohl kaum übertrieben sein dürfte, giebt das Quantum Spiritus, welches jetzt täglich hier rektifiziert wird, auf ca. 60—70,000 Quart an; außerdem sollen die hiesigen Destillationen in der jetzigen starken Verbrauchszeit ungefähr 30,000 Quart pro Tag konsumieren, so daß der Totalbedarf unseres Platzes auf täglich etwa 100,000 Quart Spiritus gegenwärtig veranschlagt werden kann. (B.H.Z.)

— [Zur Warnung] der Leser theilen wir mit, daß eine große Anzahl falscher Braunschweiger Kassenscheine im Umlauf sind, die sich durch den Glanz und die Stärke ihres Papiers, so wie durch besonders schwarzen Druck kennlich machen.

Danzig, 11. Novbr. [Stadtverordnetenwahl; Speiseanstalt.] Der Abgeordnete von Danzig, Kaufmann Heinrich Behrend, welcher in Folge des früher mitgetheilten Konfliktes zwischen den Kommunalbehörden sein Amt als Stadtverordneter niedergelegt und die darauf erfolgte Wahl als Stadtrath nicht angenommen hatte, ist gegenwärtig mit großer Majorität wieder zum Stadtverordneten gewählt worden. — Ein gemeinnütziges Privatunternehmen, welches ehestens ins Leben treten wird, dürfte auch in anderen Städten unserer Provinz Anklang finden; es ist dies eine Speiseanstalt nach Eggersfürschem Muster, welche auf Herstellung von 4000 Portionen täglich eingerichtet ist.

Königsberg, 11. Novbr. [Unsere Privatbank] hat ein sehr günstig gelegenes Grundstück käuflich erworben, in das sie ihre Geschäftsräume verlegen wird. Die Vorbereitungen zu der im nächsten Monate beginnenden Geschäftstätigkeit werden eifrig betrieben, und die gute Verfassung unseres Geldmarktes läßt eine ersprießliche Wirksamkeit derselben nicht bezweifeln. Ihre Aktienpromessen sind hier in letzter Zeit mit 103—104 Prozent bezahlt worden.

Stralsund, 10. Novbr. [Abgeordnetenwahl.] Bei der heutigen Neuwahl eines Abgeordneten in Stelle des zurückgetretenen Baron von Barnekow auf Ralswiek ist von den 307 erschienenen Wahlmännern des Wahlbezirks Rügen-Franzburg (inkl. der Stadt Stralsund) der Graf zu Stolberg-Wernigerode zu Schlemmin mit 201 Stimmen gewählt worden. Die übrigen 106 Stimmen hatte der Rittergutsbesitzer von der Lancken auf Lancken. (N.B. 3.)

Östreich, Wien, 10. November. [Jesuitengymnasien.] Das von den Jesuiten in Kalchburg begründete Erziehungsinstitut dürfte einer erfolgreichen Zukunft entgegengehen. Nicht nur, daß dasselbe sich des mächtigen Schutzes der eigentlichen kirchlichen Partei und der bureaukratischen Ultramontanen erfreut, wird es auch von dem reichbegüterten und zumal dem ungarischen hohen Adel mit reichen Geldmitteln unterstützt. Das Beispiel des Grafen Apponyi scheint Nachahmung gefunden zu haben. Unter den bereits eingetretenen und zur Aufnahme vorgemerkten Jöglingen befinden sich die hervorragendsten Namen der Aristokratie, welche die Erziehung und geistige Ausbildung ihrer Söhne den Jüngern Lohola's anvertrauen. Diese Herren scheinen es nicht wohl zu berücksichtigen, daß die Jesuiten der Gegenwart jenen früheren Zeiten in wissenschaftlicher Bedeutung fernstehen. Mit diesen haben sie wohl nur dasselbe Streben gemein, den vorherrschenden Einfluß ihres Ordens auf alle bürgerlichen und staatlichen Verhältnisse, auf die Verwaltung und selbst auf das Staatsoberhaupt möglichst geltend zu machen. Die im Bereich der österreichischen Monarchie von den Jesuiten bereits errichteten Erziehungs- und Studienanstalten scheinen übrigens thatsächlich, mindestens vorerst, einer wahrhaft blühenden Zukunft entgegenzuschreiten. Denn wenn schon das beinahe an das Beispiel der reichbegüterten Metropole der Monarchie angrenzende Erziehungshaus in Kalchburg einen so günstigen Fortgang nimmt, so ist jener des den Jesuiten in Feldkirch übertragenen Gymnasiums als ein wahrhaft glänzender zu bezeichnen. Das mit demselben verbundene Konvikt zählt bereits über 300 Jöglinge, von welchen über

70 in den Häusern der Bürgerschaft untergebracht werden müssen, da das Jesuitengebäude nicht genügenden Raum zu ihrer Aufnahme hatte. Dieser Zudrang ist jedoch erklärlich, obgleich die Eintrittsbedingungen ziemlich kostspielig und daher nur für wohlhabende Familien berechnet sind, indem der jährlich zu entrichtende Betrag auf 350 Fl. R. M. festgesetzt ist und jeder eintretende Jöglung außer dem nötigen Bettzeug im Betrage von 52 Fl. auch noch ein vollständiges silbernes Besteck mitbringen muß. Derselbe begründet sich nämlich vorzüglich in den außerordentlichen Begünstigungen, welche die Regierung (richtiger das Unterrichtsministerium) dieser der Obhut und Leitung der Jesuiten ausschließlich übertragenen Bildungsanstalt ertheilt hat. Fürs Erste ist sowohl der Schulplan, als der gesammte Unterricht von jeder Aufsicht und Kontrolle der Staatsbehörden gänzlich befreit! Ferner werden der Schulinspektor wie auch der Schulrat aus den Jesuiten erwählt. Endlich erhalten die von diesem Lehrinstitut ertheilten Zeugnisse dieselbe Gültigkeit wie jene der öffentlichen Staatsbildungsanstalten, und die von demselben ausgestarteten Maturitätszeugnisse berechtigen daher auch zum Eintritt in die Universitäten. Diese letztere außerordentliche Begünstigung ist jedenfalls die wichtigste und weitreichendste, indem dieselbe alle Gymnasiasten, welche die sehr strenge Censur eines Abiturientenexamens fürchten müssen, nothwendig diesem Jesuitenorden-Gymnasium zuführen muß, das diese Prüfungen aus erklären Gründen jedenfalls nicht sehr erschweren wird. Bei den außergewöhnlichen Vortheilen, welchen der Eintritt in dieses Institut der studirenden Jugend darbietet, ist es immerhin bemerkenswert und ein sprechendes Zeichen der herrschenden allgemeinen Stimmung, daß dasselbe dennoch keinen Anklang im Inlande gefunden. Denn die so zahlreich eingetretene Jöglinge gehörten beinahe insgesamt der Fremde an und sind zumeist aus der Schweiz, Belgien und Süddeutschland zugestromt. Wien, das nun bereits eine von Jesuiten geleitete Erziehungsanstalt besitzt, lieferne nur ein ganz unbedeutendes Kontingent. Vorarlberg selbst, das doch dem ultramontanen Tirol, dem eigentlichem Wohnsitz und Horst der ultramontanen Partei angrenzt, stellte aber nur zwei Jöglinge. (D. A. 3.)

— [Der Kultusminister.] Ohne Zweifel sind Ihnen die wiederholten Gerüchte zu Ohren gekommen, nach welchen der Kultus- und Unterrichtsminister, Graf Leo Thun, trotz seiner bekannten streng katholischen Richtung, den unersättlichen Wünschen der Ultramontanen nicht mehr genüge, und daher einem Nachfolger, der sein Fach pur sang aufzufasse, Platz machen werde. Diese Gerüchte verdienen keinen Glauben. Der Graf Thun ist mit den heutigen Bestrebungen der klerikalen Partei noch immer vollkommen einverstanden. Iwar ist der Minister nicht nur ein Mann jenes Programmes, das im Konkordat seinen Ausdruck gefunden hat, sondern auch ein Patriot und ein ehrenwerther Charakter, aber offenbar ist die Zeit nicht gekommen, wo er sich aufgesordert finden wird, klerikalen Uebergriessen in einer Hauptfrage und mit Nachdruck entgegenzutreten. Kommt diese Zeit — und sie kann nicht ausbleiben — dann wird sich zeigen, ob der Graf Leo Thun fest genug im Sattel sitzt. Inzwischen hat sich das Organ des Severinusvereins, der "Österreichische Volksfreund", veranlaßt gefunden, seinerseits diese Gerüchte zu desavouiren. Darin liegt nichts besonderes, aber Aufsehen erregt die Form, in der dies geschieht. Der "Volksfreund" entledigt sich seiner Mission mit keinem geringeren Apollon als der Pariser "Moniteur" in ähnlichen Fällen thut. Er schreibt mit gespenster Schrift: "Wir sind er mächtig zu erklären u. s. w." Sie können sich denken, daß man in Wien diesen Passus mit weit aufgerissenen Augen gelesen hat. Wie, ist das Blättchen des Severinusvereins, das enfant terrible der ultramontanen Presse, eine Zeitung, die wegen ihrer läppischen Haltung in Wien eben so verachtet, als wegen ihres rohen Fanatismus gehascht wird, das Organ des Ministeriums für Kultus und Unterricht geworden? Oder sind wir schon so weit gekommen, daß die katholische Hierarchie bei uns die Ministerstellen besetzt, und öffentlich durch ihre Organe erklären läßt, ob das Verbleiben eines Ministers im Amt sich ihrer Einwilligung erfreue oder nicht. Wir wissen hier recht gut, daß die ultramontane Partei jenen Moment, in welchem Männer, wie der Graf Thun, nicht mehr mit ihr gehen werden, in der Zukunft Schoße steht, und daß sie für diesen Fall bereits die Männer ihrer Wahl als die künftigen Minister Österreichs in petto hat. Wir kennen diese Männer, wollen aber den Teufel nicht an die Wand malen. So weit aber sind wir noch nicht, daß der Kultusminister in spe heute schon durch die Presse darf erklären lassen: vorläufig sei er noch einverstanden damit, daß sein Vorgänger im Amt fortsetze! (Sp. 3.)

— [Die Börse; die "Donau".] Was uns vorwiegend beschäftigt, das sind die Gelbverhältnisse. Es ist allerdings seit einigen Tagen die Rückkehr des Gefühls der Sicherheit wahrzunehmen, und darf man von dem starken Ausgebot der Devisen einen Schluss ziehen, so gehen wir einer Besserung der Valuta entgegen. Wir haben sogar eine erfreuliche Wahrnehmung gemacht, welche die Börse mit Dank gegen die Thätigkeit der Finanzverwaltung erfüllt. Im Verhältnis zu dem Metalzmangel, der in Europa herrscht, bewahrte inmitten des rapiden Fallens aller Effekten die Valuta eine merkwürdige Festigkeit, die man gern der Finanzverwaltung als Verdienst zurechnet. Aber man hält die Schwierigkeiten noch lange nicht für überwunden, und die Sicherheit, in der man sich seit einigen Tagen wagt, kann durch das erste große Ereignis über den Haufen geworfen werden. Die große Zahl der Nordbahngesellschaften weiß hierzu bereits zu reden. Der eben bekannt gewordene Einnahmeausweis ergibt ein Minus von 60,000 fl. Man sieht sich in der Hoffnung, daß die Dividende dieses Jahres die des vorjährigen noch übersteigen werde, arg getäuscht. Seit vorigen Dienstag bis heute ist in Folge dessen, daß Bielen das Resultat des Ausweises schon seit acht Tagen bekannt war, der Kurs der Nordbahngesellschaften von 255 auf 245 heruntergegangen. Man kann diesen Rückgang nicht als die Wirkung der allgemeinen Baisse ansehen, denn die von der letzteren sonst am stärksten affizierten Staatsbahngesellschaften gingen nur von 305 auf 298½. Bei der Westbahn beträgt die Baisse in diesem Zeitraum gar nur ½, und bei der Westbahn nur ½. Wenn der nächste Monat in den Einnahmen nicht das Gleichgewicht herstellt, so haben wir einem Sturz dieses Papieres entgegen zu sehen, der sich weit über die Börsenkreise hinaus fühlbar machen würde.

Das Eingehen der "Donau", eines Organs, das mit glänzenden Aussichten durch den ehemaligen Handelsminister Schwarzer begründet wurde, macht eine große Sensation. Für Schwarzer persönlich ist gesorgt, die Kreditanstalt wird ihm eine der glänzenden Stellungen einräumen, über die sie zu verfügen hat. Aber daß das Blatt nicht mehr erscheint, d. h. daß kein Verleger die Fortführung übernehmen wollte, hält man für die Folge einer von den Behörden ausgehenden Einschüchterung. Es wird die Notiz interessiren, daß Hr. v. Schwarzer ein Kreuse ist. Herr v. Bruck ist milchin nicht der erste Minister, den Östreich Preußen verdeckt, und beide eröffneten ihre Karriere beim "Trierer Lloyd." (B.H.S.)

Triest, 8. Novbr. [König Otto] von Griechenland hat sich gestern hier nach dem Piräus eingeschifft.

— 10. Novbr. [Gebüeben.] In verflossener Nacht 11 Uhr 20 Minuten ereignete sich hier ein sehr heftiger, einige Sekunden anhaltender, wellenförmiger Erdstoß.

Bayern. München, 10. Nov. [Armeereduktion.] Die Armee wird reduziert und in natürlicher Folge davon auch anders formirt. Bei der Infanterie sind deshalb bereits auch die Beförderungen bis auf weitere Verfügung eingestellt worden. Von den bestehenden sechzehn Infanterieregimentern beabsichtigt man nämlich die Schützenkompanien der dritten Bataillone aufzuhören, jedes der sechs Jägerbataillone von fünf auf vier Kompanien zu stellen, dann aber noch weitere zwei Jägerbataillone zu errichten, um deren Zahl im Ganzen auf acht zu bringen. Bei den Jägerbataillonen hat die vermindernde Kompanien- und erhöhte Bataillonszahl ihren Grund in taktischen Rücksichten, weil dieselben zu vier Kompanien leicht beweglich gemacht, die Bataillone aber der Zahl der Infanteriebrigaden gleichgestellt werden, somit einer jeden einzelnen Brigade ein Jägerbataillon beigegeben werden kann. Die gleichzeitige Verminderung der Infanteriekompanien hat ihren Grund wohl in dem von der Zweiten Kammer knapp zugestandenen Militäretat. Durch diese Verminderung wird der Status der Offiziere um 14 Hauptleute, 14 Oberleutnants und 28 Unterleutnants reduziert. Da aber auch die als Adjutanten bisher verwendeten Offiziere dem Stand der Kompanien (wie früher) wieder einzurichten werden sollen, so werden die zur Zeit in der Armee verbliebenen 78 Offizierstellen nicht aufstreichen, alle durch die in Aussicht stehende neue Formation verfügbar werdenden Offiziere sogleich unterbringen zu können. (N. B. 3.)

Hannover, 10. Novbr. [Landsgewicht; Bistum Osnabrück.] Die hier versammelte Gewichtskonferenz hat am 7. ihre Verhandlungen beendet und sicherem Vernehmen nach sich über die Annahme eines gemeinsamen Gewichtssystems verständigt. — Die Verhandlungen wegen Wiederherstellung des Bistums Osnabrück nahmen sich dem Abschlusse, wie die "Hannov. Nachr." aus "zurverlässiger Quelle" erfahren. Sie nahmen schon vor etwa sechs Jahren den Anfang. Ein damals geschlossener Vertrag fand in einigen Punkten Unstimmigkeit bei der päpstlichen Kurie. Erneute Verhandlungen wurden abgebrochen durch den Tod des Weihbischofs Lüpke, welcher bei jener als Exekutor der bekannten Bulle "Impensa romanorum pontificum sollicitudo" fungirte. Sein Platz wurde erst vor kurzem durch den Bischof von Münster wieder besetzt. Sofort sind die Verhandlungen eröffnet; sie werden durch einen Regierungsbevollmächtigten und einen in hiesiger Residenz weilenden Substituten des executor bullae betrieben. Wie verlautet, haben Beide bereits sich geeinigt, unter Vorbehalt wahrscheinlich der Ratifikation von Seiten der beiderseitigen Auftraggeber.

Hessen. Kassel, 10. Nov. [Die Kammern.] Es ist vermalet der Bericht des Verfassungs- und Rechtspflege-Ausschusses der zweiten Ständekammer über die jüngste, auf die Verfassungsangelegenheit bezügliche Größierung der Regierung im Druck vollendet und liegt damit das Material für die Verhandlung dieses wichtigen Gegenstandes in den Kammern, nachdem die obigem Bericht analogen "nachträglichen Bemerkungen" des Verfassungsausschusses erster Kammer unlängst schon veröffentlicht wurden, vollständig vor. Da eine ins Einzelne eingehende Analyse des vorliegenden ausführlichen Aktenstücks hier nicht füglich geben werden kann, so begnüge ich mich, zur Charakterisierung des Gesichtspunkts, von welchem der Ausschuss die Regierungsvorlage aufgefaßt hat, die einleitende Bemerkung des Berichts mitzuhören, wonach "war das Bestreben der hohen Staatsregierung, die hinsichtlich der Verfassungsangelegenheit zwischen derselben und den Kammern obwaltenden Differenzen auf eine geringere Zahl zu beschränken, nicht verkannt werden kann, in den wichtigeren Punkten jedoch die Anträge der Kammer, beziehungsweise der dermaligen Verfassungsausschüsse, theils gar nicht, theils nur unter wesentlichen Modifikationen Berücksichtigung erhalten haben." Die nächste Sitzung der zweiten Kammer ist auf Mittwoch den 12. d. Ms. angesetzt. In der morgenden Sitzung der ersten Kammer wird, wenn der Tagesordnung gemäß der Bericht über die Verfassung zur Verhandlung kommt, die Entscheidung der neulich schon bezeichneten Vorfrage (öffentliche oder geheime Sitzung?), wenn ich nicht irre, einen bedeutungsvollen Moment bilden, an den sich möglicherweise wichtige Konsequenzen knüpfen könnten. (N. B.)

### Großbritannien und Irland.

London, 9. Novbr. [Gegen Lord Palmerston.] Es kommt jetzt auf den offiziellen Zeitungsjubel über Lord Palmerstons weise und beredte Worte, die er in Manchester zum Besten gegeben, bereits eine kleine Abkühlung. Es bringt ein Blättchen eine Träbestie seiner Nichte mit der Überschrift: "Lord Platitudes at Manchester." In dieser Träbestie seiner Nichte entschuldigt Lord Palmerston oder Lord Platitudes (Überheit) seinen Feuerbrandcharakter in folgenden Worten: "Ich bin die friedliebendste Person in der Welt. Aber wie Sheridan einst gesagt hat, daß für die Jugend nichts so mild sei, als die Strenge, so sage ich, daß der Ruhe nichts so förderlich ist, als die Nüchternigkeit." Aber auch der Ernst greift den Lord stark und bitter an. Die "Press" enthält einen durch mehrere Spalten gehenden Artikel, den man wohl mit Recht als das Programm der Juntorfries für die nächste Parlamentssession bezeichnen darf. Die Haltung der liberalen Partei seit 50 Jahren wird darin als eine fortdauernde Heuchelei der grössten Art bezeichnet. In den napoleonischen Kriegen schrieben die Liberalen, sagt "Press", nach Frieden, Verminderung der Armeen, Nicht-Intervention; heute sind sie für das Verbleiben der Armeen auf dem Kriegsfusse, für die Intervention aller Orten. Auch ihre Bemühungen für innere Reformen seien nur Spiegelgeschrei. Sie hätten eine Wahlreform durchgebracht, die den eigentlich liberalen Forderungen doch nicht entsprochen habe, sie würden jetzt vielleicht, von Neuem gedrängt, eine neue derartige Scheinreform einführen, aber sie möchten sich nicht täuschen. Obgleich die Tories im Grunde dagegen wären, daß die Parteien sich dadurch immer den Rang absulaufen suchen, indem sie an der Verfassung herumändern, so würden die Tories doch diesmal, wenn der Vorschlag einer neuen Wahlreform gemacht würde, auf einer wirtschaftlichen, ganz weiten, ganz umfassenden bestehen. Sie, die Tories, hätten dann für ihre Zukunft nichts zu fürchten. Mehrere Eingesandte in den Tropenhäusern drängen auf denselben Punkt hin und beweisen, daß eine systematische und regelrechte Vertheilung des Stimmrechts den Grafschaften (dem flachen Lande) gegen die Städte zu Gute kommen würde. In den Grafschaften aber sieht der Kern der Partei.

London, 10. November. [Die englisch-ostindische Expedition] ist am persischen Meerbusen angelangt. Man hält den Ausbruch eines Insurrektion in Persien für wahrscheinlich, so wie daß das Land dann zu deren Unterdrückung angerufen werden und eine Flotte nach Alstrabad am persischen Meere schicken dürfte. (H. N.)

[Feuer.] Gestern früh brach in einem Gebäude in St. Martin's Lane eine Feuersbrunst aus, welche außerdem eine nicht geringe Anzahl anderer Häuser ergriff und Schaden zum Betrage von vielen Tausend Pfund Sterling anrichtete.

Frankreich. Paris, 10. Novbr. [Staatsrath; Ministerrath &c.] Der Staatsrath widmet dem neuen Entwurf des militärischen Strafgesetzbuches wöchentlich drei Sitzungen. Die den Wettbewerben der Minister fortwährend und wöchentlich zugesetzten Pensionen sind vom Staatsrath genehmigt worden, und werden wahrscheinlich einen der ersten Gesetzentwürfe bilden.

der dem gezeigten Körper vorgelegt wird. — Wie verlautet, sollen in den für diese Woche anberaumten Sitzungen des Ministerialtheates unter dem Vorsitz und unter lebhafter Belebung des Kaisers sowohl die bedeutendsten Fragen der auswärtigen Politik, als die innere Lage ernstlich berathen und namentlich zur Verbesserung der letzteren alle irgend ausführbaren Maßregeln getroffen werden. — Mehrere große Eisenbahngesellschaften wollten zur Vollendung ihrer Bauten neue Aktien oder Obligationen ausgeben; der Finanzminister aber soll ihnen die Ermächtigung dazu wegen der jetzigen Goldklemme verweigert haben. Wie es heißt, hat sich die Bank von Frankreich bereit erklärt, jenen Gesellschaften den nötigen Geldbedarf zu liefern, sobald der Zuwachs ihres Metallvorraths es gestattet werde. — Das 1. Kriegsgericht zu Paris hat vorgestern einen Juuen wegen thätilichen Angriffes auf seinen Vorgesetzten zum Tode verurtheilt.

[Ein angeblicher Kompromiss.] Der „Nord“ läßt sich aus Paris melden, daß ein Auskunftsmitteilung gefunden ist, die Differenzen zwischen Frankreich und England in Bezug auf die Regulirung der orientalischen Frage auszugleichen. Ihm zufolge würde eine neue Pariser Konferenz nicht zusammenentreten, sondern die Kommissarien der fünf Großmächte würden in Konstantinopel die Donaufürstenthümer, Bosnien- und Schlangeninselfrage reguliren. Bis zur Lösung dieser Fragen sollte Deffretie die Donaufürstenthümer, und England das Schwarze Meer besetzen dürfen. Dieser Beschluß wäre das Resultat der vielbesprochenen Ministerkonferenz in Compiegne, der außer den Ministern, Graf Verriagny, Barrois und Troplong beigewohnt hätten. Gleichzeitig erfährt der „Nord“, daß Graf Mornh seinen Aufenthalt in Petersburg abkürzen wird.

### Italien.

Rizzia, 1. Novbr. [Die Kaiserin Mutter von Russland.] Das milde Klima zeigt seinen sehr wohlthätigen Einfluß auf das Befinden der Kaiserin Mutter von Russland. Während früher Spaziergänge ermüdeten, fühlt sie sich jetzt durch dieselben gestärkt. Jeden Tag macht der kleine Hof Excursionen in der Umgebung der Stadt. So beehrte sie nach einander die Villen Garzaud Vermond, Manatti und de Orefis mit ihrem Besuch. Die letztere hat die Kaiserin für die Großfürstin Helene gemietet. Die Industrie der Blumenbouquets, die in Genua und Rizza so ausgebildet ist wie nirgends, sucht sich selbst zu überreissen. Das Blumenbouquet, das der Graf Rizza der Kaiserin in Genua im Namen des Königs Victor Emanuel überreichte, war ein wahres Meisterstück, und zwar nicht bloß wegen der Wahl und der lebhaften Farben der wohlreichen Blumen, sondern auch wegen der Deutlichkeit der Arabesken, der graziösen Linien und endlich deshalb, weil man es vermittelst einer Springfeder in 10—12 Blumenbouquets zerlegen konnte. Man muß nämlich wissen, daß man hier Blumenbouquets von der Größe eines Sonnenhirms macht, in deren Mustern die Blumen die Mosaikstücke zu bilden haben.

### Spanien.

Madrid, 6. Novbr. [Zages besticht.] Die Königin besuchte vorgestern das königl. Theater. Bei ihrem Eintritte, am Ende des ersten Aktes, begann das Orchester sofort, wie üblich, die königl. Hymne; aber Bösch, Muren und sogar Pfeifen überlauten länger als eine Viertelstunde die Musik. Die Königin war bleich und sah sich nicht, blieb aber doch bis zum Schlusse der Vorstellung. — Die Bürgergarde (Gendarmerie) soll um 5000 Mann vermehrt werden, da die stets zunehmende Unruheheit der Landstrassen diese Maßregel dringlich macht. Drei der vier Räuberchefs, die in der letzten Zeit die Provinz Madrid brandschatzen, sind eingefangen worden und sitzen jetzt im Galero. — Der dänische Gefandte, Baron de l'Asilo, der seit langen Jahren hier wohnte, ist gestern gestorben. Nach den Bestimmungen des (noch erwähnten) Dekrets, welches den Polizeidienst der Hauptstadt neu organisiert, soll den Polizei-Behörden eine militärisch eingerichtete Mannschaft unter dem Namen „Stadtgarde“ zu Gebote stehen, deren Effektivstand auf 100 Mann zu Fuß in vier Kompanien, und auf 50 Reiter festgesetzt ist. Die Kosten der Stadtgarde trägt zu drei Vierteln der Staat und zu einem Viertel die Stadt. — Die früheren Karlisten-Generale Villareal und Bariatega sind dieser Tage hier eingetroffen.

[Sondit.] Ein Bericht aus Madrid will wissen, daß zwischen Spanien und Russland eine Übereinkunft abgeschlossen sei, in der sich Russland verpflichte, die verbannte Linie in keiner Weise zu unterstützen, vielmehr alles zu thun, damit diese die herrschende Dynastie anerkenne. Das Letztere soll bekanntlich auch im Plane der Karlisten selbst liegen, die nur auf diesem Wege eine Restauration der ältern Linie für möglich halten. Dieser Plan soll in Konferenzen karlistischer Parteihäupter, die sich neuerdings in Madrid Neuzubau geben, lebhaft erörtert sein. (B. B. B.)

[Eine Depeschel vom 9. Novbr. lautet: „Ein Dekret in der „Madrid Zeitung“ hebt den Admiraltätsrat auf und stellt die allgemeine Direction der Flotte wieder her.“ — Das amtliche Blatt veröffentlicht auch die Namen von dreizeig Mitgliedern des königl. Rates, zu dessen Vicepräsidenten Martinez de la Rosa ernannt worden ist.“]

### Russland und Polen.

Petersburg, 5. Novbr. [Censur.] Wie der „S. B. B.“ mitgetheilt wird, sollen einer neueren Verfügung folge Werke unter 20 Druckbogen einer gelinderen Centur als bisher unterzogen werden; geschichtliche Forschungen und sonst Kritiken über frühere Regierungen sind zulässig; doch darf die gegenwärtige nicht in den Bereich der Besprechungen geogen werden. Das Denunzieren von Meinungen und Gebrächen in der bisher üblichen Weise ist unterfragt. Von den nach Sibirien zum Exil vor 30 und 26 Jahren Verurtheilten sind mehrere zurückgekehrt.

[Der Winters.] Schon hat seit einer Woche unter Winter begonnen. Es wird indeß noch manche Metamorphose durchmachen, ehe er sich zu dem echten Petersburger Winter gestaltet (nach der gestr. tel. Dep. wäre das schon der Fall. D. R. d.). Der Petersburger Winter ist, wenn gute Bahnen sich bilden kann und eine mittlere Kälte von etwa zehn Graden vorherrscht, eine durchaus angenehme und gesunde Jahreszeit, zugleich ein Hindernis für die im Sommer durch Steinen und Bisseggärtner ausgemarterte Gesellschaft. Auch in ökonomischer Beziehung ist eine gute Schlittenbahn von der höchsten Wichtigkeit für uns; sie verfügt uns mit gefrorenem Wild und Fischen und sonstigen Zuflüssen. Die Preise sind noch immer enorm hoch, und billig sind in Petersburg nur — die Austern, die freilich immer noch ein teurer Artikel bleiben.

[Erinnerungsseiter.] In Moskau hat am 16. Ottbr. die Erinnerungsfeier an die Vertreibung der Franzosen im Jahre 1812 in der üblichen Weise stattgefunden.

### Schweden und Norwegen.

Stockholm, 5. Novbr. [Die Cholera] hat hier in den letzten Tagen wieder etwas zugenommen; seit dem 30. Ottbr. bis vorgestern sind nämlich 21 Personen daran erkrankt und 11 gestorben. Seit dem Beginn der Krankheit erkrankten 101 und starben 57. Auch in Gothenburg waren seit dem 13. Ottbr. 8 Cholerasfälle vorgekommen, von denen 6 mit dem Tode endigten.

Stockholm, 6. November. [Vertheidigungsmässigkeiten.] Die große Thätigkeit, welche in Bezug auf die Verstärkung der russischen Flotte herrscht, hat bei uns Befürchtungen hervorgerufen. Die Regierung geht deshalb mit dem Plane um, nicht allein eine ganze Reihe starker Befestigungen im mittleren Schweden, die das sogenannte „Central-Defensionsystem“ ausmachen, zu vollführen, sondern auch die bereits vor-

handenen Befestigungen zu verstarken und die Bewaffnung der Truppen vollständig zu ändern. Es ist hier eine Schießschule nach dem Muster der von Vincennes errichtet und in wenig Jahren soll die ganze Armee mit Spitzfusilgewehren versehen sein. Die Artillerie-Depotkompanien sind in 12-pfündige Fußbatterien umgebaut, und eine 7-zöllige Bombenkanone mit Eisenlafette ist, wie in Frankreich, ins schwedische System aufgenommen worden. Die Festungen Carlsborg, Warholm, Carlsteen und Carlskrona sind bereits im vergangenen Jahre bedeutend verstärkt worden. In Carlsborg ist eine 1200 Fuß lange bombenfeste Kaserne und in Warholm eine große Cisterne in die Klippen gesprengt und erbaut worden, welche gegen 100,000 Fässer Wasser fasst. Bei Carlsteen sind eine Reihe Strandbatterien angelegt und andere Aenderungen vorgenommen worden. So wie es bereits in Dänemark seit 1849 der Fall war, werden gegenwärtig auch unsere Provinzen durch Offiziere vermessen. Eine Generalkarte von ganz Schweden wird demnächst herausgegeben werden, namentlich für den Bedarf der Armee. (Dest. 8.)

### Türkei.

Konstantinopel, 31. Oktober. [Zustände in Persien.] Das „Journ. de Conft.“ stellt die ihm aus Persien zugekommenen Berichte folgendermaßen zusammen: „Die persischen Truppen halten die Umgebungen von Herat noch immer besetzt. Zweck ihrer Expedition ist es, die Angreife Dost-Mohammeds zurückzuweisen und zu verhindern, daß Herat nicht in die Hände der Afghane falle. Aus diesem Grunde wurde auch die Besetzung dieser Provinz, als eine probatorische und ausschließlich defensive Maßregel betrachtet; die Regierung des Schah erklärte fortwährend, ihre Truppen zurückziehen zu wollen, sobald Dost-Mohammed seinen Croberungsplänen entgegen, nach Kabul zurückkehren und die für die fünfzig Provinzen Afghanistan geboten würden. Ein unerwartetes Ereignis hat jedoch die Situation Herats gänzlich geändert. Issa Khan, Chef einer Partei und erklärter Anhänger Dost-Mohammeds, suchte sich in der Stellung, die er sich in Herat zu schaffen verstanden hatte, zu erhalten; um zwischen den Sunnitern und den Schiiten eine unübersteigliche Schranke aufzuführen, begann er damit, daß er die in der Stadt befindlichen Schiiten mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln verfolgte; als diese, aufs Neueste gebracht, einen Versuch machen wollten, um sich mit den Persern, ihren Glaubensgenossen, zu vereinen, stachelt Issa Khan die sunnitische Bevölkerung gegen sie auf und griff die Schiiten mit aller Wuth des barbarischen Fanatismus an. Mehr als zweihundert Schiiten wurden in den Straßen von Herat erwürgt, mehrere Frauen wurde der Leib aufgeschlitten; was von der unglücklichen Kolonie noch am Leben blieb, wurde eingekerkert und ist gegenwärtig Gegenstand der entgleistesten Grausamkeiten. Nur einige Hunderten dieser Unglücklichen gelang es, dem Tode zu entgehen und sich in das persische Lager zu retten. Das traurige Ereignis hat eine tiefe, immense Sensation in Persien hervorgebracht; die Aufregung der Priesterchaft hat den höchsten Grad erreicht und der Name Issa Khan wird nur mit Abscheu ausgesprochen. Dieser Vorfall bereitet der persischen Regierung große Verlegenheit: einerseits wird sie nämlich von den Engländern gedrängt, Herat aufzugeben; andererseits fordert die öffentliche Stimme, daß sie die Belagerung Herats fortsetze; sie ist entweder zum Kriege mit England geneigt oder wird Gegenstand einer allgemeinen Entrüstung, welche ohne Zweifel den Sturz des jetzigen Kabinetts herbeiführen müßte. Noch weiß man nicht, welcher Entschluß gefasst werden wird, da die Kriegserklärung zwar fortgesetzt, andererseits aber auch an der Hoffnung festgehalten wird, es werde dem außerordentlichen Gesandten des Schah, Ferut Khan, die Aussöhnung der Schwierigkeiten mit den Engländern gelingen.“

[Franziskaner in Palästina.] Die „Väter vom heiligen Lande“, oder die Franziskaner, besitzen gegenwärtig in Palästina 9 Klöster, 16 feste Hospize, 6 Hospize und Kirchen, welche sie nur zu gewissen Zeiten des Jahres versiehen, 7 Heiligthümer, 13 mit den Heiligthümern verbundene Kapellen, 4 Hülfkapellen und 20 Pfarrreien mit 18,591 Seelen; für den Gottesdienst und für den Unterricht besitzen sie 119 Ordenspriester, einen Professor, einen Noblercleric, 96 Laienbrüder, zwei Tertiarien, 19 weltliche Schullehrer zum Unterricht der Jugend, 16 Ordensgeistliche zum Unterricht in verschiedenen Handwerken, sammt einigen Bauen und 18 Lehrerinnen. Vom Jahre 1827 bis zum Jahre 1855 wurden 11 Hospizien, 1 Kloster, 14 Kirchen, 1 Kollegium für Missionäre mit dem Almosen der Gläubigen erbaut oder wiederhergestellt, und ein Kollegium für die Brüder von der christlichen Lehre befindet sich im Bau; 37 Lehrer und Lehrerinnen würden besetzt, und der Unterhalt der Religiosen, der Pilger und der Armen se. damit befritten. An 1491 Knaben und 694 Mädchen wurden Bücher, Papier und andere Schulbedürfnisse unentgeltlich verteilt. Im Jahre 1855 allein bedurfte man 274,140 türkische Piaster (gegen 40,000 fl. R. M.) für Kleidung, Schwaaren, Medikamente und Hausgeräthe für arme Katholiken; 6256 Pilger wurden beherbergt und veröstigt.

### Amerika.

New York, 29. Ottbr. [Neueste Post.] Der ehemalige Präsident der Verein. Staaten, van Buren hat in Folge eines Surzes aus dem Wagen den Arm gebrochen. — Die Regierung wird es augenblicklich sehr schwer, die hinsichtliche Anzahl von Matrosen zur Vermannung der Flotte zu finden. — Das Schiff „Illinois“ ist hier gestern mit einer neuen kalifornischen Post und mit nahe an 1,682,000 Dollars in specie angekommen. Im Ganzen wurden während des Monats September zu San Francisco über 4,570,000 Dollars in specie verschickt. Der Dampfer „Golden Gale“ hat am 20. d. M. 2,152,737 Dollars, darunter 472,118 auf fremde Rechnung, aus San Francisco nach Panama gebracht. Die Berichte aus den kalifornischen Minen lauten sehr günstig. — Der Gouverneur von Kansas meldet in einer Depeschel, er habe einer Anzahl Auswanderer (s. Nr. 264), die sich in jenes Gebiet begeben wollten, den Weg verlegt, weil dieselben verbotene Waffen in das Territorium hätten bringen wollen. Der Gouverneur warnt ferner vor der Auswanderung nach Kansas, indem dasselb bereits mehr Menschen seien, als Beschäftigung finden könnten. — Laut Nachrichten aus Nord-Mexico hatte Vidano Mier ohne Widerstand genommen und war dann mit 3000 Mann gegen das von 1300 Mann vertheidigte Camargo marschiert. Wie aus der Hauptstadt Merico unterm 30. September berichtet wird, wurde das Desamortisationsgesetz mit großer Energie zur Ausführung gebracht, und es war bereits Vermögen bis zum Betrage von 6,500,000 Dollars konfisziert worden. Es hieß, Alvarez und Vidaurri seien im Anmarsche auf die Hauptstadt begriffen. — Von New-Orleans ist ein Dampfer mit 350 Rekruten für Walker abgegangen. Wie man aus Nicaragua erfährt, hätte eine Korrespondenz zwischen dem Pater Vigil und dem Staatssekretär des Generals stattgefunden, in welcher Vigil erklärt, Walker's Regierung sei seit dem 14. Mai von dem Kabinette der Verein. Staaten anerkannt worden.

### Voxales und Provinzielles.

Posen, 13. Novbr. [Polizeibericht.] Gestohlen in der Nacht zum 9. d. M. dem Akterivir Wawrzyn Djurkiewicz zu Jerzyce aus unvergleichbarer Scheune resp. Stall: zwei große Heckfleißer und vier Gänse, eine weiße und drei blaubunte. Ferner gestohlen am 9. d. M. dem Gärtner August Kujatzki zu Tulec aus seiner mittels Nachschlüssel geöffneten Wohnung 21 Thlr. der verschwundene Pr. Kourans, mehrere Dienstgegenstände, ein dunkelgrüner Dörfelüberrock, ein neuer schwarztuchener Überrock mit schwartem Kramott gefüttert, ein alter dersgl., eine alte silberne Taschenuhr mit Emaille-Zifferblatt und deutlichen Zahlen, ein Paar sableerne Halbstiefel, zwei Paar schwarztuchene Beinkleider und ein Paar graugestrichene Sommerbeinkleider. — Gefunden 10 Schlüsse an einem stählernen Ring.

Lissa, 11. Novbr. [Eisenbahnunfall; Literarisches.] Dem heute gegen Abend von Posen nach Breslau abgegangenen Personen-

juge begegnete zwischen Posen und Moschin der Unfall, daß an einem Personenwagen 3. Kl. die Feder brach. Nur langsam fahrend konnte der Zug die Station Moschin erreichen. Der hier stationirte Bahnhofsinspектор W. weigerte sich hartnäckig, den anscheinend unbrauchbar gewordenen Wagen durch einen anderen zu ersetzen, oder den Passagieren zu gestatten, die leeren Plätze der anderen Waggons einzunehmen. Erst als bei dem Versuch der Weiterfahrt der beschädigte Wagen durch die unmittelbare Reibung mit der Axe einer Entzündung nahe war, entschloß er sich, denselben loszuwerfen und in Moschin zurückzulassen. Der Zug traf solcher Gestalt um fast  $\frac{1}{2}$  Stunde verspätet hier ein. — Vor einiger Zeit berichtete ich Ihnen über das Unternehmen des Dozenten an der Prager Universität, Dr. Gindely, eine Geschichte der Hussiten und böhmischen Brüdergemeinden aus den Originalquellen bearbeitet, in deutscher Sprache herausgegeben, und daß derselbe auch hier längere Zeit geweilt habe, um das reichhaltige und schätzbare Archiv der hiesigen reform. St. Johannis-Kirche für den gedachten Zweck auszubeuten. Von hier begab sich G. nach Preussen, um in gleicher Weise die vorhandenen historischen Urkunden der Städte Danzig, Königsberg, Marienwerder und Elbing, so weit jene dem Zwecke seines Quellenstudiums entsprechen, zu durchforsten. Unerwartet wichtige und interessante Aufklärungen boten ihm verschiedene, bis jetzt weder benutzte, noch veröffentlichte Manuskripte aus der Königsberger Universitätsbibliothek. Von dort bereiste er einen Theil Skandinaviens und hielt sich zuletzt längere Zeit in Amsterdam auf, wo Comenius, der unstreitig zuverlässigste Chronist über die böhmischen und mährischen Brüdergemeinden, zuletzt lebte und am 15. Nov. 1671 gestorben ist. Alle diese Dinge gewährten der Forschung Gindely's nach seinen eigenen Berichten eine reichhaltige Ausbeute. Inzwischen aber erhöhte sich, durch meine Veröffentlichung des Gindelyschen Vorhabens aufmerksam gemacht, dem letzteren eine neue Quelle. Der Bibliothekar Burghardt zu Warmbrunn, davon Notiz nehmend, wendete sich an den hiesigen Prediger Pfleg mit der Erklärung, daß in der seiner Verwaltung anvertrauten Bibliothek zwei sehr wertvolle Handschriften in böhmischer Sprache über jene geschichtlichen Begebenheiten sich vorfinden, die bis jetzt unbekannt geblieben, und erklärte sich bereit, diese Manuskripte im Interesse der Wissenschaft der Benutzung des Hrn. G. zu überlassen. Bei dessen vor kurzem erfolgter Rückkehr nach Prag fand Dr. G. seine Ernennung zum ordentlichen Professor an der Rechtsakademie in Leitmeritz in Ungarn vor. Er hat jedoch diesen Ruf auf Rücksicht auf seine historischen Forschungen ablehnen zu müssen geglaubt. Anscheinend wird er bei seinem Geschichtsunternehmen aus kaiserl. Fonds unterstützt.

dd Pleschen, 11. Novbr. [Wucher; Frauenverein; Revision.] Nach vielen kleineren, namentlich Diebstahlanklagen lag heute der Strafbetrieb des hiesigen Kreisgerichts ein interessantes Verbrechen zur Beurtheilung vor. Die Persönlichkeit des Angeklagten, das Verbrechen (hier übrigens gang und gäbe) und die Motive der Denunziation zogen ein zahlreiches Auditorium herbei. Auf der Anklagebank erschien der hiesige Handelsmann Simon L., beschuldigt des gewohnheitsmäßigen Wuchers, den er, so lautet die Anklage, seit 5 Jahren betrieben. Er hat verschiedene Personen Darlehen gegeben, und dafür von 50 Thlr. pro Monat 2 Thlr., ein andermal von 50 Thlr. monatlich 1 Thlr. Zinsen nebst etwa 5 Thlr. an Geschenken, und endlich von 100 Thlr. pro Woche 1 Thlr. an Zinsen sich zahlen lassen. Die Zeugen (von denen zwei der Beschuldigten die Denunzianten sein sollen) bestätigten die Angaben der Staatsbehörde, weshalb es auch den angestrengtesten Bemühungen des Vertheidigers nicht gelingen konnte, den Angeklagten von der ihm zuerkannten Strafe von 3 Monaten Gefängnis, 50 Thlr. Geld oder anderweitigem 1 Monat Gefängnis und einjährigem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zu befreien.

Den Bemühungen unseres Frauenvereins und den dankenswerthen Unterstützungen von Wohlthätern wird es auch in diesem Jahre gelingen, einige 60 arme Witwen und Kinder für den Winter mit Kleidung zu versorgen. — Nach 4-tägigem Aufenthalte reiste heute der Departementskassen- und Rechnungsrevisor Jäkel ab, nachdem er früh und spät seinen Geschäften hieselbst abgelegen.

o Rogasen, 9. Novbr. [Landwirthsch. Verein.] Die heute diesmal hier stattgehabte Versammlung des landwirthsch. Vereins für den Kreis Dobrinik wurde von dem Vorsitzenden, Ritterschaftrath von Winterfeld eröffnet. Von den Mitgliedern waren nur 25 erschienen. Zuvordest wurden die Ernterestultate im Kreise definitiv, wie folgt, festgestellt: Weizen 1,00 Körner; 1,00 Stroh, Roggen 1,10 1,10, Erbsen 1,00 1,00, Gerste 1,00 1,00, Hafer 1,00 1,00, Kartoffeln auf 0,60 Knollen excl. verfaule, Dörfchüte auf 0,40. Wie bekannt repräsentirt hiebt die Zahl 1,00 eine gewöhnliche Mittelernte. — In Bezug auf die dem Vereine von dem k. Landes-Dekonomiekollegium zugesetzten Sämen mit der Aufforderung, dieselben versuchsweise anzubauen, berichtete der Sekretär Werner, wie von dem Samen der Lupinus temris in dem Garten des Sekretärs die zur Ansicht vorliegenden Exemplare in Reihen gewachsen seien. Hierach ist dieselbe ein größeres Gewächs als die gelbe und blaue Lupine, läßt jedoch zweifeln, daß der Samen davon zur Reife kommen wird, da die heute erst von ihrem Standpunkte entnommenen vorliegenden 9 Fuß hohen Exemplare noch keine reifen Schoten zeigen. Dann legte der Sekretär drei Knollen der Dioscorea batatas vor, von denen eine im Mistbeet und zwei im freien Lande gewachsen waren. Aus den von dem k. Oberpräsidium empfangenen erbengroßen drei Knöllchen sind obige drei Knollen, die 15 Zoll lang und 1 Zoll dick geworden waren, gewachsen. Die Entwicklung der Knöllchen aus den Blattwinkeln der Pflanze hat nicht gelingen wollen. Die Versuche mit dieser Pflanze sollen fortgesetzt werden. Sodann waren im Frühjahr dem Vereine mehrere Kolben von den Maissorten, dem Cinquantino, dem Pestmais und dem Burensen von dem k. Oberpräsidium zu Versuchen zugesandt worden. Der Sekretär hatte dieselben vorschriftsmäßig eingeleitet und einen recht lohnenden Ertrag von allen drei Sorten gehabt. Alle drei Sorten waren reif geworden und es wurde eine ziemlich bedeutende Quantität unter die Mitglieder verteilt. Von den kleinen Leuten zwischen Kartoffeln gebaut, kann auch bei uns der Mais von grossem Nutzen werden.

Ferner präsentierte der Sekretär abermals zwei Pflanzen der Sewarda. Der Versuch, von dieser Pflanze reifen Samen zu gewinnen, scheiterte auch in diesem Jahre, somit drei Jahre hintereinander. Wenn der Samen der Pflanze billiger zu beziehen wäre, dürfte dieselbe als Herbstfutterpflanze wohl eine Rolle spielen können. Endlich wurden die Resultate der Anbauversuche mit den Zwiebel- und Biofrio-Kartoffeln, die von den Vereinsmitgliedern gemacht worden, zur Berichterstattung eingefordert. Im Allgemeinen entsprachen die gemachten Erfahrungen den Erwartungen nicht, da beide Kartoffelsorten keineswegs ohne Krankheit geblieben sind. Der Ertrag zeichnete sich von den hier sonst gebaueten auch nicht bemerkenswerth aus, wenn dies auch stellenweis der Fall war. Nachdem Landrath v. Reichmeister noch einen umfangreichen Be- (Fortsetzung in der Beilage.)

richt über die Chausseebauangelegenheiten des Kreises erstattet, leitete der Vorsitzende die freie Diskussion ein und schloß demnächst die Versammlung.

**r. Wollstein, 12. Novbr.** [Eine Betrügerin; Vieh- und Pferdemarkt in Unruhstadt; plötzlicher Tod.] Vor ungefähr 14 Tagen hielt sich in hiesiger Stadt und Umgegend eine Frauensperson in Hut und Schleier auf, die unter dem Vorzeichen, daß sie hier eine Unterrichts- und Erziehungs-Anstalt für Mädchen begründen wolle, sich namentlich von Geistlichen und Gutsbesitzern Geld unter allerlei Vorwänden zu verschaffen wußte. Nach einigen Tagen wurde sie indeß von dem Gendarmen zu Kirchplatz Boruš als die berüchtigte Betrügerin Eva Boganska aus Polen erkannt und zur Haft gebracht.

Auf dem vorgestrigen Unruhstädter Markte war nur sehr wenig Hörnchen vorhanden, das bei der geringen Anzahl von Käufern nur schwache Abnahme zu ermäßigten Preisen fand. Mit Pferden war ebenfalls der Markt nur sparsam besetzt, und war das Geschäft, da nur geringe Kauflust vorhanden war, sehr schleppend. — Der Eigentümmer Sch. zu Scharker Hauland, hiesigen Kreises, wurde am 9. d. Mis. im Hausschlaf des Eigentümers W. tot vorgefunden. Die angestellten Recherchen ergaben, daß Sch., der dem Trunk sehr ergeben war, in Folge eines Schlaganfalls seinen Tod fand.

**5 Bromberg, 11. Novbr.** [Darlehnskasse; Bestrafung; Verschiedenes.] Ein Institut, daß sich in vielen Fällen als äußerst wohlthätig erwiesen hat, ist die seit mehreren Jahren hier bestehende Handwerkerdarlehnskasse, aus welcher bedürftige Handwerker Darlehen bis zu 10 Thlr. zinsfrei auf 6 Monate mit monatlichen beliebigen Abzahlungen erhalten können. Die einzige Bedingung dabei ist, daß der Schuldner zwei bekannte Personen als Bürgen stellen muß. In der letzten Sitzung der Verwaltungsmitglieder jener Kasse wurde nun die erfreuliche Nachricht mitgetheilt, daß das Kapital der Darlehnskasse durch verschiedene Schenkungen von Privatpersonen &c. jetzt bis auf 600 Thlr. gestiegen sei, und es wurde daher der Beschluß gefasst, einige Paragraphen der Statuten zum Vortheil der Darlehnsucher abzuändern. Demnach soll von jetzt ab das Maximum des Darlehns 20 Thlr. betragen, wovon jedoch die Hälfte mit 5% zu verzinsen ist. Falls das Kapital die Höhe von 1000 Thlr. erlange, sollen auch Summen von 50 Thlr. und darüber vertheilen werden. Auch ist die Kasse geneigt, Kapitalien, welche jederzeit, vielleicht mit einer Kündigung von einigen Tagen, wieder gehoben werden können, anzunehmen und mit 3% zu verzinsen. — Gestern wurde die Maurergerüstefrau Anna W. hieselbst von der Kriminaldeputation des

Kreisgerichts wegen Beleidigung eines Militärs im Dienst mit längiger Gefängnisstrafe belegt. Der Unteroffizier P. revidirte am 22. Juli d. J. die Quartiere seiner Korporalschaft. Bei der W. fand er, daß das Quartier für 5 Mann zu klein, und die Stube von schlechter Beschaffenheit war, daß es an vielen Stellen durchregnete. Hierauf fragte P., ob dieser Raum das beständige Quartier bleiben solle und, ließ Gewehre und Montirungsstücke, um dieselben vor Nässe zu schützen, in die Stube der W. bringen. Als sich der Unteroffizier demnächst entfernte, um weitere Meldung zu machen, sagte die Quartiergeberin: „Was hat wohl der dumme, grüne Junge in meinem Hause zu sagen!“ Diese Neuerung wurde mit obiger Strafe geahndet. — Gegenwärtig grassieren bei uns viel gastrische und nervöse Fieber und fordern so manche Opfer. — In Opolo sind jetzt wieder regelmäßige Sonnagaskonzerte eingerichtet, welche sich eines zahlreichen Besuches zu erfreuen haben. — Im Amtsblatte sind die in dem Departement des Appellationsgerichts zu Bromberg wegen Verbrechen rechtstätig zu Zuchthausstrafen verurtheilten Personen aufgeführt; es sind dies vom Juli bis September d. J. 106 Fälle.

**Δ Wittkow, 12. Nov.** [Straßenbesserung; Befreiung der Geistlichen und Lehrer von Kreiskommunalabgaben; Grenzsperrre.] Um unserem in vielfacher Beziehung vernachlässigten Städtchen ein einigermaßen freundlicheres Ansehen zu verschaffen, hatte unser Bürgermeister bereits im Herbst 1854 angefangen, gewisse Straßen und Plätze mit jungen Bäumen bepflanzen zu lassen. Diese Anlagen sind im vorigen wie in diesem Jahre weiter ausgedehnt worden, und werden mit der Zeit zu einer wahrhaften Zierde des Ortes gereichen. Die am Ende der Schwabensstraße beginnende Chladowoer Landstraße, welche bei schlechtem Wetter bisher nur mit großer Beschwerde zu passiren war, wurde neulich gründlich ausgebessert, mit breiten und tiefen Gräben versehen und mit jungen Birken bepflanzt, welche zu diesem Zwecke von dem Grafen Zoltowski auf Niechanowo waren offerirt worden. — Nach einem Beschlusse unserer Kreistände waren die Geistlichen und Schullehrer unseres Kreises für das Jahr 1856 zu Kreiskommunalabgaben verpflichtet und die Beiträge von ihnen eingezogen worden. Letztere werden jedoch den Betreffenden wieder zurückgezahlt, nachdem auf mehrheitig eingegangene Beschwerden höheren Orts entschieden worden, daß Geistliche und Lehrer von der Verpflichtung, zu den Kreiskommunalabgaben mitzusteuern, befreit bleiben sollen. — Wie hier verlautet, soll die Grenze zwischen Wuzchn (preußisch) und Wilczyn (russisch) neuerdings wieder völlig gesperrt werden sein.

### Angelommene Fremde.

Vom 13. November.

**HOTEL DU NORD.** Die Gutsbesitzer Graf Kwilecki aus Goslawice, Graf Kwilecki aus Oporowo, v. Koźmian aus Kopaszewo, v. Jaroszewski jun. aus Sofolnik und Goruszewski aus Neugut; die Gutsb.-Frauen v. Jasinska aus Lissa und Wesolowska aus Neugut; Wirthschafts-Verwalter Biegowski aus Dembina und Kaufmann Busch aus Schönlanke.

**BAZAR.** Die Gutsb. Graf Mieczynski aus Pawłowo, Graf Miechynski aus Dąbrowo, von Taczanowski aus Kuczkowo, von Gorzenki und v. Grabost aus Gembie; Frau Guiss. v. Lubiańska aus Kęzice.

**MYLIUS HOTEL DE DRESDEN.** Die Gutsb. George aus Dobromysl, v. Kopalowski aus Psarskie, Palm aus Drus, Palm aus Janowice, v. Taczanowski aus Chorow, Reichert aus Lubnica u. v. Baszkiewski aus Siektow; Frau Guiss. v. Reichhof aus Lusowo; Telegraphen-Inspektor Kriger aus Siettin; Justizrat v. Kriger aus Berlin; die Kaufleute Scheper aus Köln, Lehmann aus Berlin, Kirstein aus Hannover und Scharf aus Siettin.

**BUSCH'S HOTEL DE ROME.** Gutsb. Graf Grabowski und Amtmann Okoniewski aus Grzybowo; Posthalter Kurz aus Rogaten; Probst Sliwowski aus Schrimm; die Kaufleute Schlick aus Elberfeld, Gieberg aus Hanau und Altmann aus Breslau.

**SCHWARZER ADLER.** Kaufmann Einow aus Schönen; Gutsb. v. Zielenacki aus Chwalibogowo und Mühlengut; Dobczycki aus Wyszewo.

**HOTEL DE BAVIERE.** Die Gutsbesitzer Graf Uninski aus Gleano, v. Karwicki aus Gmehn und v. Schwanen aus Stargard; General-Bevollmächtigter v. Breitski aus Mikoslaw.

**WEISSE ADLER.** Bankfukler Piton aus Czepin; die Kaufleute Nowak und Winkler aus Breslau.

**HOTEL DE BERLIN.** Die Gutsbesitzer Przybuski aus Tarazwisko, Machowski und Matay aus Rosko; Frau Guiss. Nowacka aus Hütchen und Bankfukler Kościelski aus Samostrzel.

**HOTEL DE PARIS.** Die Kaufleute Magierski aus Kożyn, Klatt aus Skupie u. Bajenowski aus Sokołow; die Gutsb. v. Morawski aus Kotowicke und v. Osowski aus Gostyń.

**EICHBORN'S HOTEL.** Telegraphen-Inspektor Albrecht aus Breslau; Lotterie-Ginnehmer Solmsen aus Schneidemühl und Spediteur Alexander aus Breslau.

**EICHERNER BORN.** Die Lehrer Janicki aus Gollanez und Klinger aus Samozyn; Eigenhümer Klatt aus Ostrowek; Handelsmann Friedländer aus Schrimm; Kommiss Sifowitsch aus Warschau und Frau Kaufmann Bial aus Breslau; die Handelsleute Wollheim aus Rogaten, Ladomer aus Rydzewo und Hoppe aus Schrimm.

**GROSSE EICHE.** Gutsb. v. Kęzicki aus Piesary.

**HOTEL ZUM SCHWAN.** Die Kaufleute Moll aus Lissa und Fabisch aus Santomysl.

**DREI LILLEN.** Kalkulator Hinze aus Radzin.

## Inserate und Börsen-Nachrichten.

### Bekanntmachung.

Es werden:  
A. Renten-, Reallasten- und Dienst-Ablösungen und Regulierungen gußherlich-bärlicher Verhältnisse nach den Gesetzen vom 2. März 1850 in folgenden Ortschaften:

a) im Bromster Kreise:  
Schussenreuth, auch Gemeintheilung;

b) im Bucker Kreise:

1) Chmielinko,

2) Zembomo, auch Separation;

c) im Giesener Kreise:

Sroczyn-Hauland;

d) im Kostener Kreise:

1) Kotorzyn und Godziszewo,

2) Golebin, auch Separation;

e) im Schrodauer Kreise:

1) Promno,

2) Jagodno,

3) Vorwerk Rybitwy;

f) im Chodziesener Kreise:

1) Ujazd-Neudorf, die Koloniestellen des Hauptgrundstückes Nr. 3 betreffend,

2) Ujazd-Neudorf, Grundstück der Kolonisten Johann Wolinski und Genossen;

ferner:

B. Gemeintheilungen, Separationen, Weide-Abfindungen &c. nach der Gemeintheilung-Ordnung vom 7. Juni 1821 in folgenden Ortschaften:

a) im Bucker Kreise:

1) Gutsherrschaft Neustadt und Wirthschaft in Chmielinko, Weideabfindung,

2) Wirthschaft in Chmielinko und Gutsherrschaft Chrapplewo, Weideabfindung und Grenzfeststellung,

3) Wirthschaft in Komorowo-Hauland und Guts-

herrschaft Neustadt, Weideabfindung;

b) im Chodziesener Kreise:

1) Erpel, Bauerhof Nr. 17, Weideabfindung des Strziberg,

2) Mothlewo, Separation,

3) Adolphsheim, Weideabfindung aus dem Radwonker Forst;

c) im Kröbener Kreise:

Stadt Kröben, Separation;

d) im Schrimmer Kreise:

Baranowo-Mühle, Weideabfindung;

e) im Schrodauer Kreise:

Siedlec-Hauland, Weideabfindung;

f) im Bützower Kreise:

Güntergost, Gemeintheilung;

in unserem Kressort bearbeitet.

Alle etwaige unbekannte Interessenten dieser Auseinandersetzungen werden hierdurch aufgefordert, sich in dem auf den 26. Januar 1857 Vormittags 11 Uhr hier selbst in unserem Parteizimmer anberaumten Termine bei dem Herrn Regierungsrath v. Koller zur

Wahrnehmung ihrer Gerechtsame zu melden, widrigfalls sie diese Auseinandersetzungen, selbst im Falle der Verlegung, wider sich gelten lassen müssen und mit keinen Einwendungen dagegen weiter gehört werden können.

Posen, den 20. Oktober 1856.  
Königliche General-Kommission für die Provinz Posen.

### Bekanntmachung.

Am Donnerstag den 20. November c. um 11 Uhr Vormittags soll ein ausrangierter vierziger Postwagen auf dem hiesigen Posthofe im Wege der Auktion, unter Vorbehalt des Zuschlags der Ober-Postdirektion, meistbietend verkauft werden. Drei Tage vor dem Verkaufstermin wird derselbe in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr zur Ansicht ausgestellt sein.

Posen, den 11. November 1856.  
Der Ober-Post-Direktor Buttendorff.

### Bekanntmachung.

Im Auftrage der königl. Regierung zu Posen wird der unterzeichnete Landrat in seinem Amtsbureau hier selbst am 5. Dezember c. um 10 Uhr Vormittags die Chausseegeld-Erhebung der Hebstelle zu Czecanow zwischen Ostrowo und Skalmierzycze auf der Ostrowo-Kalischer Chaussee an den Meistbietenden, mit Vorbehalt des Zuschlags der königl. Regierung, auf drei Jahre, vom 1. Januar 1857 bis 1. Januar 1860, zur Pacht ausspielen. Nur dispositionsfähige Personen, welche vorher mindestens Einhundert und Fünfzig Thaler baar oder in annehmlichen Staatspapieren bei der königl. Kreiskasse hier selbst zur Sicherheit niedergelegt haben, werden zum Bieten zugelassen. Die Pachtbedingungen können von heute ab im Landratsamte während der Dienststunden eingesehen werden.

Ostrowo, den 6. November 1856.  
Königlicher Landrat Wocke.

### Tanzunterricht.

Am 1. Dezember beginnt mein Unterricht, in welchem alle Tänze, besonders Rheinländer, Throlinne, Parissienne, Esmeraldo, Menuetto und Walzer-Redowa gelehrt werden. Das Honorar für d. g. C. betr. 4 Thlr.

W. Brandt, Ballettmaster u. Tanzlehrer.

Das Ziegelei-Grundstück in Obrzycza an der Warte mit circa 300 Schachtröhren gebrannte Lehm und die Baustelle Mühlenstraße Nr. 4 sind mit Anzahlung zu verkaufen. Näheres bei G. Preuß, Wasserstr. 8 und 9.

Das im Inowraclawer Kreise belegene Rittergut Sciborze soll von Johanni 1857 ab auf 12 hintereinander folgende Jahre verpachtet werden. Die Bedingungen erfährt man bei dem Herrn Rechts-Anwalt Hantelmann in Inowraclaw und bei dem Dominio Bythin, Samterschen Kreises.

## Wintersaison

### Bad Homburg vor der Höhe.

Die Wintersaison von Homburg bietet den Touristen der guten Gesellschaft alle Unterhaltungen und Annehmlichkeiten, die es seit Jahren in Blüthe gebracht und wodurch es die Höhe errungen hat, welche es jetzt in der Reihe der ersten Bäder einnimmt.

Das prachtvolle Casino ist alle Tage geöffnet. Die Fremden finden daselbst vereinigt:

- 1) Ein Lesekabinett mit den bedeutendsten deutschen, französischen, englischen, russischen, holländischen Journalen und anderen Zeitschriften.
- 2) Glänzende Salons, wo das Trente-et-quarante und das Roulette gespielt wird.
- 3) Ball- und Konzertsäle.
- 4) Ein Café-restaurant.
- 5) Einen großen Speise-Saal, wo um fünf Uhr Abends à la française gespeist wird. Die Restauration steht unter der Leitung des Herrn Chevet aus Paris.

Die Bank von Homburg gewährt außergewöhnliche Vortheile, indem daselbst das Trente-et-quarante mit einem Viertel Resait und das Roulette mit einem Zéro gespielt wird, wodurch dem Pointeur am Trente-et-quarante ein Vortheil von 75 % und am Roulette ein Vortheil von 50 % über alle anderen bekannten Banken erwächst.

Jeden Abend läßt sich das berühmte Kurorchester von Garbe und Koch in dem großen Ballsaale hören.

Auch während der Wintersaison finden Bälle, Konzerte und andere Festivitäten aller Art statt.

Bad Homburg ist durch Verbindung der Eisenbahn und Omnibusse, so wie der Post, ungefähr eine Stunde von Frankfurt a. M. entfernt. Man gelangt von Berlin in 19, von Wien in 36 Stunden nach Homburg.

### Steinkohlen.

Die erste Sendung Oberschlesischer Stein-Kohlen bester Qualität, sowohl für Schmiede als zur Ofenheizung sich eignend, empfängt in Kommission und öffentlich zum Breslauer Preise mit Zurechnung der Fracht Samson Toeplitz, Schuhmacherstraße.

Auch halte ich stets Lager von englischen Stein-Kohlen, so wie englischem Coaks.

Neben meinem aufs Beste assortirten Kurzwaren-Lager empfehle ich ganz besonders alle Arten gehäkelter und gespitzter wollener Winter-Sachen, Gummischuhe, Regenschirme, Patent-Einlegesohlen, Strickwolle, Winter-Handschuhe, Parfümerien, Stickereien, alle Arten Kämme, Damentaschen u. Portemonnaies.

S. Tucholski,

Wilhelmsstr. 10.

Für die Herbst- und Wintersaison empfehle ich mein reichhaltig assortiertes Lager in modernster Herren-Anzüge zu den billigsten Preisen.

Joachim Mamroth,  
Wilhelmsstr. 9, erste Etage.

# Cotillon-Orden,

## Lotterie-Gegenstände

in einer bedeutenden Auswahl von mehr als hundert verschiedenen Artikeln empfiehlt zu Ballen und Abendgesellschaften.

**Ludwig Johann Meyer,**

Neuestraße, neben der griechischen Kirche.

Frische und sehr schmackhafte **Butter**, so wie alle Sorten **Käse**, sind täglich zu den billigsten Preisen feil im Laden Büttelstraße Nr. 18.

**Nr. 92.** **Nr. 92.**

**Mathias-Heringe**, die allerschönsten, à Stück 9 Pf. und 1 Sgr.

**frische Fettheringe zum Einlegen**, à Stück 6 Pf.

**brabanter Sardellen**, à Pfd. 4 Sgr.,

**limburger Sahnkäse**, in vorzüglicher Güte, à Stück 5½ Sgr., wie auch

**Elbinger Neunaugen und marinirte Heringe**, auch alle anderen Sorten Heringe empfiehlt billigst das neue Herring- und Käse-Geschäft von

**Simon Katz,** alten Markt- und Wronkerstrassen-Ecke

**Nr. 92.**

## Ratten-Räuber.

Bewährtes Mittel zur sofortigen Vertreibung der Ratten und Mäuse.

Dasselbe besteht aus besonders präparirten Kräutern, welche, durchaus frei von allen giftigen Bestandtheilen, weder den Menschen noch Hausthieren etwas schaden, die aber, auf die Dauer eines Jahres, die Eigenschaft besitzen, daß die Räume, in welchen dieselben aufgestellt werden, von Ratten und Mäusen geflohen und gänzlich verlassen werden.

Preis für die Glasküchse, ½ Pfund enthaltend, nebst dabei befindlicher, leicht fälschlicher Beschreibung des Gebrauchs 15 Sgr.

Verkaufs-Depot für Posen und Umgegend bei

**Ludwig Johann Meyer**, Neuestraße.

Ein guter Postwagen ist billig zu verkaufen Breslauerstraße im Hôtel de Saxe.

**Wasser- und Schlosserstrassen-Ecke Nr. 7** ist ein schön möblirtes Zimmer nebst Bedientengelaß, so wie ein Pferdestall, Wagenremise und Boden vom 1. f. M. zu vermieten.

Eine freundliche Stube eine Treppe hoch ist sehr billig zu vermieten Kränzelgasse Nr. 33.

Bon dem Besitzer einer **Schneidemühle**, verbunden mit **Holz-** und **Fournier-Lager**, wird ein umsichtiger Mann als Geschäftsführer und Lagervorsteher unter vortheilhaftesten Bedingungen verlangt. Auftrag: **Aug. Götsch**, Berlin, Feilnerstraße 5.

**Ein Kellnerlehrling** kann am 15. d. in Mylius Hôtel de Dresden einzutreten.

**1 Thaler Belohnung**, wer mir denjenigen nachweist, der mir am 11. Abends eine Liste, sign. R # 129, aus meinem Hause, Breitestraße 21, gestohlen hat Aron Aronsohn.

**Verein für Handlungsdienner.** Sonnabend den 15. d. Mts. Nachm. 2 Uhr: Vortrag über **Experimental-Physik** im Saale des Luisengebäudes.

## Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, vom 11. und 12 November 1856.

### Preuss. Fonds- und Geld-Course.

	vom 12.	vom 12.
Pr.Frw. Anleihe	4 99½ bz	99½ B
St.-Anl. 1850	4 99½ G	99½ G
- - 1852	4 99½ B	99½ B
- - 1853	4 95½ bz	95½ B
- - 1854	4 99½ B	99½ B
- - 1855	4 99½ B, 56 99½	99½ B, 56 99½
St.-Schuldsch.	3½ 83½ bz [B]	83½ bz [B]
Sech.-Pr.-Sch.	-	-
St.-Främ.-Anl.	3½ 113 bz	112½ bz
K. u. N. Schuldv.	3½ 79½ B	79½ B
Berl. Stadt-Obl.	4½ 98½ B	98½ B
- -	3½ 82½ B	82½ B
K. u. N. Pfandbr.	3½ 88½ bz	88½ B
Ostpreuss.	3½ 86½ G	86½ G
Pomm.	3½ 88½ bz	88½ G
Posensche	4 97½ B	97½ B
- neue	3½ 85½ G	85½ G
Schlesische	3½ 85½ G	85½ G
Westpreuss.	3½ 82½ B	82½ B
K. u. N. Rentbr.	4 91½ bz	91½ G
Pomm.	4 91½ G	91½ G
Posensche	4 90½ B	90½ B
Preussische	4 91½ G	91½ G

Die Haltung, welche die Börse heute vom Augenblicke der Eröffnung an erkennen liess, und die sich fast bis zum Schlusse hin bewahrte, trug sichtbare Symptome einer beginnenden Besserung an sich. Der Einfluß der besseren Stimmung tritt heute bei den Effekten aller Art hervor. Vornehmlich haben wir auf die zahlreichen Geldeurse bei den Bank-Aktien hinzuweisen. Zunächst nennen wir Diskonto-Commandit-Antheile und Darmstädter beider Emissionen, in denen zu gebesserten Coursen lebhaftes Geschäft stattfand. Berliner Bankvereins-Antheile gefragt, in Dessauer geringes Geschäft, Jassyer und östr. Creditbank höher umgesetzt, preuss. Bank-Antheile unverändert. Eisenbahn-Aktien erfreuten sich auch eines sehr beträchtlichen Verkehrs. Namentlich erfuhrn eine Steigerung des Courses Amsterdam-Rotterdamer, Franzosen, Berlin-Anhalter, Hamburger, Oberschlesische Littr. A. und C, Stettiner, alte Rheinische und Stargard-Posener. Auch Magdeburg-Wittenberger, Mecklenburger und Nordbahn besserten sich. Von preuss. Fonds waren Freiwillige Anleihe und Prämien-Anleihe höher, die anderen unverändert. Ostpreussische und westpreussische Pfandbriefe höher.

Berantw. Redakteur: Dr. Julius Schlaubach in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6

6